

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

203 (3.9.1931)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALISMUS

Unzeigepreise Die 10-seitige Wochenzeitung kostet 12 Pfennig, Beleghe 6 Pfennig, 60 Pfennig o. bei Mehrzahlung halbiert nach Zahl, bei Nichtentnahme des Jahrganges, bei gewöhnlicher Verbreitung und bei Konten außer Stadt tritt o. Größtensatz und Geschäftsabend 1/2 Karlsruher L. 3. o. 5 Pfennig der Postgebühren 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Primat und Wander Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Postgebühr 2,20 Mark o. durch die Post 2,00 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Geschäftsabend wöchentlich 11 Uhr o. Postgebühren 2500 Karlsruher o. Geschäftsabend und Postgebühren 1/2 Karlsruher L. 3. o. 5 Pfennig der Postgebühren 8 Uhr vormittags

Nummer 203 Karlsruhe, Donnerstag, den 3. September 1931 51. Jahrgang

## Um die Arbeitszeitverkürzung

Gewerkschaftskongress und 40-Stundenwoche - Oeffentliche und gemeinwirtschaftliche Betriebe Für die Allgemeinheit oder für kapitalistische Raubwirtschaft

Frankfurt a. M., 2. Sept. (Eig. Bericht.)

Am Dienstag nachmittags begrüßte Joubaux, der Führer der internationalen französischen Arbeiterschaft, den Kongress. Sein französisch-norwegischer Gruß war ein leidenschaftlicher Ausdruck der Sympathie der französischen Arbeiterschaft für ihre im schweren Kampfe stehenden deutschen Klassenangehörigen.

Wir in Frankreich — erklärte Joubaux — leben das Elend der deutschen Arbeiter, wir fühlen nicht nur mit den deutschen Arbeitern, sondern unter festerer Hand ist, zusammen mit den deutschen Arbeitern, durch internationale Aktionen den Kampf gegen den Reiz der Weltwirtschaft, die kapitalistische Reaktion, aufzuheben und durchzuführen. Es genügt nicht, die Krise des Kapitalismus zu unterziehen — suchen müssen wir nach den Mitteln zum Kampf gegen die Erscheinungen der Krise. Überall erhebt sich die Forderung der internationalen Aktion, die soziale Reaktion der Arbeiter durch internationale Aktionen zu überwinden. In England bekam die Arbeiterbewegung durch die Krise durch praktische Kampfmaßnahmen. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind muss gemeinsam organisiert werden. Wir brauchen einen internationalen Zusammenhalt aller Arbeiter und zum Gunsten dieses Planes muss die Arbeiterklasse ohne Furcht und Rücksichtlos für alles geopfert werden in der Wegführung. Die Krise ist eine Systemkrise und ihr Gegenüber hilft nur dem Arbeiter eiserne Zusammengehörigkeit. Die französischen Arbeiter sind zum äußersten entschlossen. Sie sind bereit, ihre ganze Kraft für diesen Kampf zur Befreiung der Arbeiter, der Arbeiter der ganzen Welt einzusetzen. (Beifall.)

Die Aussprache über die

### Frage der 40-Stundenwoche

eröffnete Gaert, Wirtschaftssekretär des ADGB-Berlin: Die Krise ist eine Folge des überhöhten Misverhältnisses zwischen der Kraft der Erzeugung und der Schwäche des Umlaues auf den Märkten. Nach den Feststellungen des Völkervertrages haben wir eine Steigerung der Produktion seit 1913 bis 1928 um durchschnittlich 26 Prozent, dagegen nur eine Steigerung der Weltbevölkerung um 10 Prozent. Die Produktion an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Waren aller Art hat unabweisbar zugenommen. Kein Wunder, wenn es Leute gibt, die diese Fülle droffeln möchten. Deutschland mit seinem riesigen Produktionsapparat kann ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit nie über die Krise hinwegkommen. Auf die Frage, was mit den 5 Millionen Arbeitslosen geschehen soll, muss endlich einmal eine Antwort gegeben werden. Die bisherige Behandlung dieser Frage durch die Regierung ist einfach unzureichend. Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung für die Dauer. Ein bloßer Verbot für den Augenblick genügt nicht; denn schon in der Zeit der Hochkonjunktur von 1929 war der Produktionsapparat nur zu 75 bis 80 Prozent ausgenutzt. In der Frage des Lohnausgleichs muss die Arbeiterschaft eine wesentliche Rolle spielen. Es gibt Unternehmungen, in denen 12 Prozent Löhnerhöhung erzielt wird. Das hier ein Lohnausgleich möglich ist, verweist sich von selbst. Es gibt aber auch andere Unternehmungen, die Löhnerhöhung nicht Lohnausgleich um jeden Preis und in allen Fällen fordern; denn wir müssen einen Schritt weiter kommen. Zeit dazu ist es, wenn die deutsche Wirtschaft und ihre Menschen nicht verkommen sollen.

Bernhardt-Baugewerksbund ergänzt das von Gaert geschilderte Wirtschaftsbild mit Erfahrungen aus der Bauwirtschaft. Hier herrscht völliger Stillstand. Die Bauarbeiter werden in diesem Jahre nicht einmal auf 12 Prozent Löhnerhöhung kommen. Ein Oberbürgermeister einer großen Stadt meldet uns, dass auf Jahre hinaus kein Bauauftrag mehr herausgegeben werden könne, wenn die Regierung nicht eine andere Haltung einnehme. Aber selbst wenn das der Fall wäre, dann bliebe immer noch die Rationalisierung, die auch im Baugewerbe ungeachtete Dimensionen angenommen hat. Gegen 1910 ist eine Steigerung der motorischen Kräfte im Baugewerbe um 200 Prozent erfolgt. Eine Menge von Arbeitskräften wird einseitig, und die übrigen überleben müssen sich dem motorischen Tempo anpassen. Auch wir Bauarbeiter verlangen eine Arbeitszeitverkürzung auf Dauer. Von den Arbeitgebern ist keine Verständigung zu erwarten. Das die Arbeitszeitverkürzung möglich ist, haben unsere sozialen Baubetriebe erwiehen, wo von 42 bis 47 Stunden gearbeitet wird, und zwar ohne Verteuerung des Produktes. Die Arbeitsbeschaffungsfrage von Albert Thomas findet unsere volle Unterstützung. Große im internationalen Maßstab ausgeführte Bauarbeiten sind bestimmt nicht bloße Kostfaktoren, sondern auch ein Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaft. In die Bauarbeiter brauchen im Lande anzuwandern, sie sind für die Wirtschaft auf weltanschauliche Differenzen zusammensetzen und überlebens im Baubetriebe die 40-Stundenwoche zu erwägen.

Reichel (Metallarbeiter) betonte gegenüber den Ausführungen Gaerts, dass die Arbeiterklasse nicht, sondern die Unternehmungen heute es bis jetzt genug gegeben, aber noch keine, die die Unternehmungen einmal schärf angesetzt hätte. Nach der 40-Stundenwoche sei auch eine Umwandlung der eigenständigen Industrie notwendig; diese Umwandlung sei für Europa brennend. Das in der Frage der Arbeitszeitverkürzung etwas Positives unternommen werden könne, bewies die Tatsache, dass ein ergebnisreiches Verbot der Metallindustrie in ein und demselben Zeitraum die Produktion um 102 Prozent steigerte und die Arbeiterbeschäftigung um rund 50 Prozent senkte.

Schäfer (Textilarbeiter): Die Herren des Reichsarbeitsministeriums sagen bei Besichtigungen der Rationalisierungsvorhaben

in der Textilindustrie sie seien erstaunt und überrascht, aber Konsequenzen zögen sie aus ihren Besichtigungen nicht. Den Abschluss der Dienstagsitzung bildeten zwei Reden über das Wirtschafts- und Arbeitszeitproblem. Spliedt, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des ADGB, und Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes hielten Abrechnung mit den Unternehmern und mit der Regierung.

### Spliedt:

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist die brennendste aller Fragen, denn wir haben ja nicht nur eine strukturelle Arbeitslosigkeit, wie sie Professor Leberer geschildert hat. Die Arbeitslosigkeit steigt auch noch aus verschiedenen anderen Gründen. Wir stehen vor einer Vereinigung der Wirtschaft. Wir müssen damit rechnen, dass noch Tausende auf die Straße geworfen werden. Der Winter wird eine neue Verschärfung der Arbeitslosigkeit herbeiführen. Grauliche Perspektiven für die Arbeiter. Soll das fürchterliche Schicksal der Millionen von Arbeitslosen keine Wendung erfahren? Sollen die jugendlichen Arbeitskräfte nie in ihrem Leben das Glück genießen, endlich auch einmal an irgend einer Arbeitsstätte eine nutz- und fruchtbringende Tätigkeit ausüben zu dürfen? Ein ruhiger Stand ist es, den Gewerkschaften, die gegen die Hilfe der Arbeitslosigkeit ankämpfen, immer nur mit Wenn und Aber und tausend Bedenken zu kommen. Die Reichsregierung ist anscheinend gar nicht geneigt, den schauerlichen Tausenden Rechnung zu fragen. Ihre Notverordnung ist und bleibt eine Herausforderung. Was bietet denn die Regierung? Die Generalregel der Arbeitszeitverkürzung wird durch tausende Drohverbaue eingeleitet. Die Mehrzahl der Betriebe wird von vornherein praktisch ausgenommen. Anderen Tausenden von Betrieben wird eine Abgeltung der Arbeitszeit durch keine Zusatzleistungen möglich gemacht. Und dann verschafft sich die Regierung noch hinter dem Reichsrat. Bei der Arbeitszeitverkürzung hat sich die Regierung schließlich an den Reichsrat erinnert. Bei dem Erlass der Notverordnungen braucht man den Reichsrat nicht. Und dann verlangt sie noch obendrein fortwährende Prüfung der technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, und auch das ist ihr noch nicht genug. Sie ist unerschöpflich in der Erfindung und Aufzählung von Ausnahmen. Wo die Arbeitsanträge hohle Worte sind, auch dann sollen Ausnahmen möglich sein. Sagen wir es doch recht deutlich: Was hier die Regierung verspricht ist nichts anderes als weiße Salbe. Uns täuscht man nicht. Die Regierung beruft sich auf den Braunsauschuss. Auch ihm fehlte der Mut zur Konsequenz. Auch sie verbenen sich tiefer vor großen Belangen der Wirtschaft und doch — selbst die Braunskommission ging immer noch weiter als die Regierung. Ja, die Regierung hat nicht einmal die geringsten Möglichkeiten zu neuen Verbesserungen, die in der Notverordnung gegeben waren, ausgenutzt. Was erleben wir heute? In den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen wird die Arbeitszeit nicht gekürzt, sie wird erhöht. Die Gemeinden gehen jetzt vielfach wieder von der 44- zur 48-Stundenwoche über. Die Regierung verweist die Gewerkschaften auf Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Sie wüßte von vornherein, daß das kein Ausweg war, denn sie mußte wissen, daß die Arbeitgeber grundsätzlich gegen die Arbeitszeitverkürzung sind. Sie sind dagegen, nicht weil sie nicht möglich wäre, sondern aus sozialpolitischen Gründen. Sie wollen sich gegen den Lohnantrieb sichern.

### Preußen reduziert Bürgermeistergehälter

Berlin, 3. Sept. (Zuntendienst). Die preussische Regierung hat bei den Beratungen über das Sparprogramm die Gehälter der Oberbürgermeister und Bürgermeister wie folgt festgesetzt: Stadt Berlin 36 000 Mark, für Städte von 400 000 bis 1 Million Einwohner 18 000 bis 24 000 Mark, von 100 000 bis 400 000 Einwohner 15 000 bis 18 000 Mark, von 50 000 bis 100 000 Einwohner 8 000 bis 12 000 Mark, von 30 000 bis 50 000 Einwohner 6 200 bis 10 600 Mark, von 10 000 bis 30 000 Einwohner 4 400 bis 8 400 Mark, von 2 500 bis 10 000 Einwohner 2 800 bis 8 400 Mark.

Berlin, 2. Sept. (Eig. Draht). Wie der amtliche Pressedienst mitteilt, wurde durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums der Regierungspräsident Scherer in Sigmaringen in den einwöchigen Ruhestand versetzt und der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Dr. Brand, scheidet ebenfalls aus dem Ministerium. In diesem Ministerium kommissarisch als Regierungspräsident in Sigmaringen ernannt. Ebenso wurde im Interesse der Einparung einer Regierungspräsidentenstelle der Oberpräsident der Provinz Pommern, Dr. v. Hallwitz, gleichseitig zum Regierungspräsidenten in Stettin ernannt.

### Die armen Großbankdirektoren

Im Anschluß an unseren Bericht über die Sitzung der Dresdener Bank verdient noch an Hand von Mitteilungen der Frankfurter Zeitung die „Verteidigung“ registriert zu werden, die Bankier Andrea für die Verwaltung unternahm, indem er u. a. erklärte:

der einmal eintreten kann, wenn die Gewerkschaften sich wieder rühren können.

Was soll nun werden? Im Reichsarbeitsministerium hat man eine geradezu unheimliche Scheu, in der Frage der Arbeitszeitverkürzung etwas zu unternehmen. Man verleiht die Entscheidung, man drückt sich um jede klare Stellungnahme, weil man Angst vor den Arbeitgebern hat. So geht das nicht weiter. Wir verlangen Taten. Das der Arbeitslosenstand abgebaut wurde, ob, dafür hatte man sehr schnell ganz klare und bestimmte Formeln zur Hand, warum nicht auch bei der Arbeitszeitverkürzung? Wir verlangen, daß endlich in der Frage der 40-Stundenwoche ein entscheidender Schritt vorwärts getan wird. Her mit der 40-Stundenwoche! Das ist der Ruf des Kongresses, der Ruf der Not verzweifelter Massen. (Starker Beifall.)

Tarnow führt in seiner Kritik an dem Wirtschaftssystem und der Wirtschaftspolitik der Regierung etwa folgendes aus: Die Welt gleicht einem Irenenhaus. Wölfe scheunen und die Massen hungern, im Winter werden Hunderttausende frieren, in den Sommermonaten werden die Kohlenhalben bis in den Himmel. Millionen haben kein ganzes Hemd auf dem Leibe und in den Baumwollländern vernichtet man die Ernte. In der ganzen Welt gibt es keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es Aufgabe der Wirtschaft ist, die Produktion zu erweitern und die Menschheit zu versorgen. Heute scheint es die wesentliche Kunst der Wirtschaft zu sein, möglichst planmäßig die Produktion und die Versorgung der Menschen einzuschränken, trotzdem Millionen Entbehrungen tragen müssen. Man weiß sich in der kapitalistischen Welt nicht mehr zu helfen, als aufgeschöpfte Vorräte, die ursprünglich für die Bekleidung von Bedürfnissen bestimmt waren, zu vernichten. Die Schande des kapitalistischen Systems sollte noch viel krasser in Erscheinung treten. Die Menschen würden noch mehr von diesem System abdrücken, wenn sie überzogen werden könnten von der Möglichkeit eines besseren Systems. Wir Sozialisten sind heute fester denn je davon überzeugt, daß allein der Sozialismus die Befreiung bringen kann. Gäbe es heute in der Welt ein nach sozialistischen Prinzipien organisiertes Gemeinwesen, so wäre die Schlichtung gewonnen. Aber wir haben noch nicht ein solches Beispiel in der Welt. Die sozialistische Arbeiterschaft ist noch nicht so weit. Was wir in Rußland sehen kann alles andere nur nicht überzeugend, das es mit solchen Methoden besser würde. Wenn nach angestrengtester Organisationsarbeit in 13 oder 14 Jahren die Lage noch so ist, daß in einem Agrarlande die Bevölkerung mit Brot- und Lebensmittelarten ausgerüstet werden muß, so ist das ein äußerst negatives Resultat. Wir wissen, daß nur der Weg zum Sozialismus ins Freie, aus der Not heraus führen kann. Aber wir können diesen Weg nicht von heute auf morgen gehen, denn wir wollen die Arbeiterklasse lebend in den Sozialismus hineinführen. Nicht ist meiner Meinung nach, daß die Regierungen der notleidenden Völker überlegen, ob man nicht den Kreditmechanismus ändern kann, und zwar durch eine internationale zentralisierte und länderübergreifende Organisation unter der Solidarität der Staaten auf neuen Wegen, die möglich sein müßten, neben dem kapitalistischen System, wenn dieses nicht mehr funktionieren will. Wenn eine Lösung gesucht und gefunden ist, die der Not des Augenblicks steuert, so daß wir noch in der kapitalistischen Welt genesen, so bedeutet das Einreifen der öffentlichen Gewalt auch ein Stück Sozialismus. Der Sozialismus

Gerüchte über Gehälter der Direktionsmitglieder in Millionenhöhe sind durchaus falsch. Einmalig der Tantiemen Besize das bestbezahlte Vorstandsmitglied nicht einmal die Hälfte einer Million. Durch die Senkung der Tantiemen vermindere sich das Einkommen nennenswert automatisch. Wie „Unrecht“ doch den armen Großbankdirektoren geschieht. Da wird behauptet, sie hätten Millionengehälter, während es in Wirklichkeit nicht einmal die Hälfte einer Million sei. Arme, bescheidene Leute, denen man so Unrecht tut. Wann kommt der Staat und holt hier seine Steuern.

### Laval und Briands Besuch in Berlin

Genf, 3. Sept. (Zuntendienst). Der französische Vertreter Francois Ponce hat am Mittwochabend dem deutschen Außenminister mitgeteilt, daß Laval und Briand für ihren Besuch in Berlin endgültig das Wochenende vom 26. bis 27. September angenommen haben.

### Der Film „Im Westen nichts Neues“ allgemein gefastet

Genf, Berlin, 2. Sept. Wie wir erfahren, hat die Filmprüfstelle das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ nunmehr ganz aufgehoben. Bisher durfte der Film bekanntlich nur in geschlossenen Vorstellungen gezeigt werden. Diefem Beschluß der Filmprüfstelle liegt eine Mitteilung der Herstellerfirma zugrunde, wonach ihr Präsident Laemmle, der zur Zeit in Paris weilt, alle Zweigstellen angewiesen hat, die Weltfassung der deutschen Fassung anzugleichen, um damit den Boden für die Aufhebung der bisherigen Beschränkungen bei der Aufführung dieses Filmes in Deutschland vorzubereiten.

kommt, weil er die einzige Lösung aus dem Elend der Menschheit von heute ist. — Weiterberatung Mittwoch.

Frankfurt a. M., 2. Sept. (Eig. Draht.) In der Abstimmung zu Punkt 3 der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses, „Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stundenwoche“, beschloß der Kongreß, den Antrag des Müßigerverbandes für Eindämmung der Schwarzarbeit und der Doppeldiensterei dem Bundesvorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Entschließung des Bundesvorstandes zur Wirtschaftskrise und der Frage der 40-Stundenwoche wurde gegen 1 Stimme unter starkem Beifall angenommen. Die Entschließung lautet:

„Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Dauer und Schwere durch die Überlagerung zahlreicher Störungen verursacht. Das gewohnte Krisenmoment der kapitalistischen Wirtschaft, die Spanne zwischen Erzeugungsmöglichkeiten und Kaufkraft, hat außerordentliche Ausmaße angenommen. Hinzugekommen ist eine Reihe von Sonderursachen, deren Wirkungen insbesondere Deutschland stark betroffen haben. Die Entwicklung der Krise hat in eindrucksvoller Weise gezeigt, daß die politische Organisation der Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Grad erreicht hat. Die Welt steht vor der Wahl, die politischen Spannungen durch eine aufrichtige Abgabe an den Krieg, d. h. durch allgemeine Abstrichungen, zu beilegen und derart die notwendige Verbindung für eine Weltwirtschaft zu erzielen, oder auf den weltwirtschaftlichen Zusammenhalt zu verzichten und alle hieraus sich ergebenden schlimmen Folgen zu tragen.

Der Kongreß bekräftigt mit Nachdruck die Forderungen, die der Bundesvorstand und der Bundesausschuß des ADGB in ihren wiederholten Kundgebungen zur Einleitung des Stilllegungsprozesses erhoben haben. In der Erkenntnis, daß selbst bei günstiger Entwicklung eine volle Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates nicht sehr bald zu erwarten ist, betont der Kongreß insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Diese Maßnahme ist möglich und aus sozialen und politischen Gründen unabwendbar.

Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der allgemeinen allgemeinen 40stündigen Arbeitswoche weiterhin mit größter Entschiedenheit zu vertreten. Der Kongreß verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese Forderung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Erwerbslosigkeit zu lindern und die brachliegenden Arbeitskräfte wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.“

Die Beratung des 4. Punktes der Tagesordnung

### „Öffentliche und private Wirtschaft“

wurde eingeleitet durch einen auf dem Kongreß mit viel Interesse und starkem Beifall aufgenommenen Vortrag des Ulmer Oberbürgermeisters Brauer.

Seit den Tagen der Inflation — so führte Brauer aus — erleben wir in Deutschland ein Keßeltreiben gegen die Gemeinden. Es geht um die öffentliche Wirtschaft. Der soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fortschritt der Arbeiter in den Gemeinden infolge der Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu den Gemeindeparlamenten soll zu nichte gemacht werden. Die gesamte Reaktion im Bunde mit dem früheren Präsidenten der Reichsbank, Schacht, bildet eine Front zur Verfassung der gemeindlichen Betriebe. Wir stehen daher in diesem Augenblick dem Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Hilfe auf. Es geht um Ganze, um Sein oder Nichtsein.

Der private Betrieb hat in erster Linie den Vorteil seiner Aktionäre im Auge. Ihm ist ethisches Handeln unwirtschaftlich, wenn es die Dividende schmälert. Im Gegensatz zu diesem privaten Streben erhält der öffentliche Betrieb seinen inneren Antrieb vom Dienstwillen für die Gesamtheit. Angesichts dieser Sachlage kann die Führung großer Versorgungsbetriebe heute weniger denn je allein vom wirtschaftlichen Standpunkt aus erfolgen. Wo durch Zusammenschlüsse die günstigen Auswirkungen der freien Konkurrenz auf die Preisbildung und den technischen Fortschritt ausgeschaltet sind, müssen durch öffentliche Konkurrenzbetriebe die Preise beeinflusst werden. Die Monopole aber gehören in die Hand der öffentlichen rechtlichen Körperschaften. Eine Monopolstellung muß sozial verwaltet werden. Die Steigerung der Bodenwerte im Reichsbild der Stadt ist im wesentlichen das Ergebnis kommunalen Entwicklungs. Eine weitgehende kommunale Bodenvorratspolitik kann aber den Mehrwert gemeinnützig zur Geltung bringen. Die städtischen Aufgaben sind unabhängig zu machen vom Spekulationsinteresse. Der Privatbetrieb ist nie zur Anlage von Stromnetzen, Straßenbahnlinien und zum Straßenbau für städtische Randbezirke zu bewegen, dagegen ist der öffentliche Betrieb zu Verlusten bereit, wenn er sich daraus Vorteile für die Bevölkerung verspricht. Vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehen ist das allerdings eine „unwirtschaftliche“ Betätigung der öffentlichen Wirtschaft. Die kommunalen Betriebe sollen soziale Mutterbetriebe sein und vorbildliche Arbeitsbedingungen aufweisen. Die Kommune ist der geeignete Vertreter aller Verträge. Darin sind wir uns wohl alle einig. Dagegen werden die Ansichten vielleicht darüber auseinandergehen, ob die Privatindustrie oder die öffentlichen Betriebe mit den Löhnen vorangehen sollen. Die Stilllegung von unrationellen Betrieben darf natürlich nicht beschränkt werden. Dagegen sollen die öffentlichen Betriebe stets die Spitzenlöhne der Privatbetriebe übernehmen und darüber hinaus soziale Verbesserungen bei Urlaub, Krankheit usw. gewähren. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie der Angestellten in Staat und Gemeinden sind für die gesamte Arbeitnehmererschaft von größter Bedeutung. Deshalb muß auch die gesamte Arbeitnehmererschaft sich um die öffentliche Wirtschaft und ihre Funktion kümmern.

Die öffentliche Wirtschaft ist nach alledem bereits ein gewaltiger Faktor der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung geworden. Von rund 18 Millionen gewerblichen Arbeitnehmern werden etwa 2 1/2 Millionen in öffentlichen Betrieben beschäftigt. Die öffentliche Hand ist aber nicht nur der größte Arbeitgeber in Deutschland, sie ist zugleich auch der größte Auftraggeber für die Privatwirtschaft. Die Aufträge der öffentlichen Hand an die Privatwirtschaft bewegen sich bis zu Beginn der schweren Krise im Jahresdurchschnitt von 8 bis 9 Milliarden Mark. Auf alle mögliche Weise sucht man die öffentliche Hand aus der Wirtschaft hinauszudrängen. In den Parlamenten beantragt man das Einpruchsrecht der Gemeindebeauftragten gegen die Gemeindebetriebe, sowie eine Zweidrittelmehrheit bei Einführung von Gemeindebetrieben.

Besonders ernst war der Vorstoß der Industrie gegen die kommunale Gasversorgung. Der Mehrverbrauch an Braunkohle anstatt Steinkohle und die sonstige Verlagerung der deutschen Energieerzeugung, die durch den Verkauf der Beträge, durch Verluste und auch durch den Fortschritt der Technik veranlaßt wurde, führte dahin, daß sich die Ruhrindustrie in ihrer Macht- und Interessensphäre bedroht fühlte. Sie erstrebte daher eine großzügige Organisierung der Röhren- und Gasversorgung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet durch Stilllegung der kommunalen Gaswerke und durch zentrale Ferngaslieferung der deutschen Gemeinden aus den Kokereien des Ruhrgebietes.

Die deutschen Gemeinden stehen diesen Bestrebungen größtenteils ablehnend gegenüber. Die Gaswerke würden sich bei Stilllegung

ihrer Produktion aller Möglichkeiten berauben, die ständigen Erfolge der Technik auf dem Gebiete der Kohlenveredelung nutzbringend zu verwerten. Bei politischen und wirtschaftlichen Verwicklungen im Ruhrgebiet würde die Gaslieferung zweifellos überbewahrt aufhören.

Die Ferngasversorgung ist eine Frage von solchen volkswirtschaftlichen Ausmaßen und solcher überörtlicher Bedeutung, daß ihre Lösung im Rahmen privatwirtschaftlicher Zielsetzung nicht tragbar erscheint. Die Gefahren einer Monopolisierung der Röhrenwirtschaft in privater Hand sind nicht abzusehen, sobald die Eigenzeugung der Städte eingestellt wäre.

Man wirft den Leitern öffentlicher Betriebe Mangel an Initiative vor. Im selben Atemzug klagt man die Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft heftig an, die doch ein Zeichen von Laikraft und Unternehmungsgeist ist. Ich glaube aber, daß die Leiter öffentlicher Betriebe sich in ihrer Verantwortung stärker gebunden fühlen, als die Privatunternehmer, die niemandem verantwortlich sind, zumal die öffentlichen Betriebe ganz anders der Kritik ausgesetzt sind als die Privatbetriebe. Als besonderes Uebel der öffentlichen Unternehmungen wird mitunter ihre Politisierung bezeichnet. Sowohl die Verwaltungsräte als auch die Aufsichtsräte der Betriebsgesellschaften seien nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Das stimmt bis zu einem gewissen Grad. Aber die Privatwirtschaft ist nicht weniger politisiert. Ohne die finanzielle Unterstützung der Privatwirtschaft wären die rechtsradikalen Organisationen schon längst abgelastet. Der einseitige Unterschied ist aber: die Privatwirtschaft ist einseitig rechtsradikal politisiert, während die Stadtparlamente und die Aufsichtsräte der öffentlichen Gesellschaften aus den verschiedensten Parteien zusammengesetzt sind.

Die Behauptung, daß die private Wirtschaft infolge ihrer größeren Beweglichkeit produktiver sei als die öffentliche Wirtschaft, ist falsch. Die Privatwirtschaft hat kein Recht, über die Produktivität und Unproduktivität öffentlicher Betriebe zu Gericht zu sitzen, da sie selbst ungeheure Produktionsverluste und ständige Krisen, eine geringere Ausnutzung der vorhandenen Anlagen, Produktionseinschränkungen durch konjunkturelle und künstliche Hochhaltung der Preise aufzuweisen hat. Die Symptomatik der öffentlichen Wirtschaft kommen nicht vom Reinebetrieb, sondern von der allgemeinen Wirtschaftslage und den Krisen, also vom Wirtschaftssystem der Privatwirtschaft.

Wichtig abzulehnen ist die gemischtwirtschaftliche Betriebsform. Der gemischte Betrieb ist nichts anderes, als ein Kompromiß, als ein

Versuch des Privatkapitals, seine Machtphäre hinter dem Vorwand zu gewinnen unter dem Vorwand des öffentlichen Interesses und unter Auswirkung öffentlicher Monopolrechte. Die Weiterentwicklung der öffentlichen Wirtschaft geht in einer ganz anderen Richtung. Der internationale Betrieb hat die Zukunft für sich. Noch hält ein falscher Lokalpatriotismus viele Gemeinden von internationalen Bindungen zurück. Unternehmer bilden Kartelle und Syndikate. Nur die Gemeinden beharren noch in lokalwirtschaftlicher Abgeschlossenheit. Eine weitere Aufgabe sehe ich in folgenden: Die öffentlichen Betriebe müssen sich zu der Erkenntnis durchringen, daß hohe Ueberhöfe nicht an hohe Tarife gebunden sind, sondern daß auch hier großer Umiß bei kleinem Nutzen erstehen kann auf dem richtigen Weg, wie der Verbrauch zunimmt.

Wenn man in die Zukunft der Gemeinwirtschaft blickt, wie man es vorhin verfuhr, dann darf man auch nicht die Grenzen der öffentlichen Bewirtschaftung übersehen. Die Betriebsführung individueller Wünsche wird man der Privatwirtschaft überlassen. Die öffentliche Hand muß auch keine Veranlassung, in das Gebiet der Kleinbetriebe hinüberzuweichen. In gleicher Weise bin ich gegen jede Produktion der öffentlichen Wirtschaft für den breiten Markt. Die Wirtschaft hat gar keine Veranlassung, sich auf hohe Kosten zu setzen. Die von ihr ausgearbeitete Wirtschaftsordnung wurde als Wirtschaftsordnung anerkannt. Wir haben eine wirtschaftliche Anarchie der Welt: Aufsichtsräte, die keine Aufsicht führen, Preispolitik ohne Zusammenhang mit der vorhandenen Konjunktur, Sondertarife, die die Produktion drohen und dadurch zusätzliche Arbeitslosigkeit herbeiführen und Preissteigerungen. Wir erleben eine Wirtschaft ohne Wirtschaftlichkeit und daraus resultieren die Krisen, die Millionen Familien um Arbeit und Brot bringen. Der Kampf der Unternehmerschaft gegen die öffentlichen Betriebe zeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Das Schwerkrieg der Wirtschaftskrise muß in den kommenden Jahren aus der Privatwirtschaft in die öffentliche überlagert werden, um eine bessere Wirtschaftsorganisation zu erlangen. Die Umstellung des Wirtschaftssystems ist kein fernes Zukunftziel, sondern ein täglich fortschreitender Entwicklungsprozess, an dem wir bauen müssen Stein um Stein.

Hier in Frankfurt a. M. hat die politische Demokratiemehrheit Deutschlands ihren ersten Ausdruck in der deutschen Nationalversammlung von 1848 gefunden, und von hier aus ergeht heute vom Parlament der Arbeit der Ruf nach der wirtschaftlichen Demokratie. (Vangasballester fürmlischer Beifall.)

## Diktaturende in Jugoslawien?

### Neue Verfassung für Jugoslawien

WB, Belgrad, 3. Sept. Gestern abend um 7 Uhr fand im Palast ein Kronrat statt. Der König teilte in seiner Eröffnungsrede mit, er sehe die Zeit für die Rückkehr zum parlamentarischen System für gekommen. Er fordere den Hofminister auf, die Grundlinien der neuen Verfassung darzulegen. Dieser verlas sodann das Grunddokument, das besagt, daß die neue Verfassung die Gewissensfreiheit, die Pressefreiheit und die Unverletzlichkeit der Meinung sichere. Die Gesetzgebung bestehe aus Abgeordnetenhaus und Senat. Die ordentliche Session der gesetzgebenden Körperschaften beginnt am 20. Oktober jeden Jahres.

Das Abgeordnetenhaus wird auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt. Die Hälfte der Senatsmitglieder wird auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählt, während die andere Hälfte ernannt wird. Die Lebensdauer des Abgeordnetenhauses beträgt vier Jahre, die des Senats sechs Jahre. Das Abgeordnetenhaus erhält weitgehende Rechte zur Ueberprüfung des Budgets und auf dem Gebiete der Interpellation und des Prüferfahrens. Das Königreich wird in neue Banatsgebiete eingeteilt. Die Banatsräte werden auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählt, während die Exekutive durch einen Rat ausgeübt wird, dessen Mitglieder vom Banat ernannt werden.

### Abkommen zwischen Mussolini und Vatikan

Die katholischen Jugendverbände müssen die Kosten der „Einigung“ zahlen

Rom, 2. Sept. (Eig. Draht.) Die Verhandlungen zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan

### Die Genfer Besprechungen

Wie dem Temps aus Genf gemeldet wird, verlautet von italienischer Seite, daß die französisch-italienischen Verhandlungen in der Frage einer Einigung über die Seeabrüstung im September wieder aufgenommen werden sollen, und zwar durch direkte Besprechungen zwischen dem französischen Delegierten Massial und dem italienischen Delegierten Ruffo.

Genf, 2. Sept. Der italienische Außenminister Grandi war heute zu Gast beim deutschen Außenminister Curtius, der den italienischen Außenminister zum Frühstück eingeladen hatte.

London, 2. Sept. Reuter verbreitet folgende Mitteilung: Der innerpolitische Charakter der jetzt erörterten Fragen scheint notwendig die Lösung des Problems der Außenpolitik in den Hintergrund zu drängen. Inzwischen findet keinerlei Abweichung von der Politik der letzten Regierung statt.

Genf, 3. Sept. (Funkdienst.) Die öffentliche Schluss-Sitzung des Koordinationsschusses der Europakommission nahm am Mittwoch den in langjährigen Geheimverhandlungen abgehandelten Bericht an die Vollziehung mit ganz geringen Zusätzen an. Der Plan Francis für eine internationale Industriekreditbank zur Vermittlung von Krediten länger und mittlerer Fristen wird zur Durchführung empfohlen. Außerdem wird auch die Ermöglichung des von internationalen Arbeitsamt ausgearbeiteten Programms öffentlicher internationaler Arbeiten zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit empfohlen. Endlich wird der Antrag Rußlands auf Abschluß eines wirtschaftlichen Nichtanariffpakt in eine Kommission begeben, aus der er wohl nicht mehr herauskommen dürfte.

### Paul Boncour fordert Völkerbundsarmee

Im Journal spricht Paul Boncour die Befürchtung aus, daß man auf der Abrüstungskonferenz die Sicherheit Frankreichs kompromittieren wolle. Das Scheitern der Verhandlungen würde der Ausgangspunkt für eine Wiederaufrüstung der Mächte sein, deren Streitkräfte durch die Friedensverträge vermindert worden seien. Die Konferenz habe nur dann Erfolg, wenn sie in dem durch den Völkerbundsakt festgelegten Rahmen gehalten werde. Eine der wichtigsten Bestimmungen des Völkerbundsaktes sei der Teil des Artikels 8, in dem es heißt, daß die Abrüstung jedes Landes den Erfordernissen seiner nationalen Sicherheit und seiner internationalen Verpflichtungen angepaßt werden müsse. Das bedeute, daß der Pakt ein Ganzes sei, und daß der Artikel 8 hinsichtlich

wegen der katholischen Aktion und der aufgelösten katholischen Jugendverbände haben zu einem neuen Abkommen geführt, das am Mittwoch im Oberat der römischen Kurie und in der italienischen Presse veröffentlicht wurde. Danach hat sich die katholische Aktion jeder politischen Betätigung zu enthalten und sich unter direkter Leitung der Bischöfe auf religiöse und seelsorgerische Fragen zu beschränken. Leiter der katholischen Aktion dürfen nicht mehr solche Personen sein, die antipolitischen Parteien angehört haben. Die Verbände der katholischen Aktion haben in Zukunft die nationale Fahne zu führen. Die katholischen Jugendverbände werden wieder erlaubt. Sie haben sich jeder sportlichen Betätigung zu enthalten und sich ausschließlich der erzieherischen Aufgabe zu widmen, immer im Hinblick auf die religiösen Ziele. Eine der wichtigsten Bestimmungen des neuen Abkommens ist die, womit den katholischen Arbeitern jede gewerkschaftliche oder auch nur assistierende Betätigung in Zukunft untersagt wird. Tugend welche Betätigungen unterliegen nicht mehr ihrer Kompetenz, vielmehr haben sie hier mit den falschlichen Organen zusammenzuarbeiten mit dem Ziel eines Ausgleiches der sozialen Gegensätze.

### Julpingung in Spanien

Die Helfer der Diktatur festgenommen

Madrid, 2. Sept. (Eig. Draht.) Heute nacht ließ die Staatsbehörde alle Mitglieder des Militärtribunals Primo de Rivera verhaften, u. a. die bekannten Generale Berastain und Jordana sowie die Admiräle Magaz und Cornejo.

Durch einen Justizminister Generalakt hat sich die Lage in Saragossa angeklärt. Militär hat die Stadt vollkommen besetzt. Verschiedentlich kam es zu Zusammenstößen, Geschäfte und Raffinerien sind geschlossen, der Verkehr ruht.

werde, wenn der Artikel 16 außer Kraft gesetzt werde, der vorsehe, daß im Falle eines nicht proponierten Angriffs die beteiligten Staaten des Paktes dem betreffenden Staat mit ihren finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Hilfsmitteln beizustehen. Die Beschränkung der Herabsetzung der Rüstungen ist also an dem Vorhandensein einer internationalen Streitkraft gebunden, die im Stande ist, die Schiedsgerichtsbeschlüsse respektieren zu lassen.

Paul Boncour gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich bereit sei, einem beratenden Plan zuzustimmen, d. h. alle seine Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und der Luft dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen. Wenn auch die anderen Mächte ablehnen falls dazu bereit seien, würde die Gleichheit der Rüstungen leicht durchzuführen sein.

### Macdonald behält seinen Unterhausstift

London, 2. Sept. Auf die vom Bezirksverband Seaham der Labour Party an Macdonald ergangene Aufforderung, er möge seinen Unterhausstift zur Verfügung stellen, erfolgte heute die Antwort des Premierministers. Macdonald erklärt, daß er bereit sei, sein Mandat zu einem geeigneten Zeitpunkt in die Hände seines Wählers zurückzulegen; er wüßte aber klar um Ausbruch zu bringen, daß er eine Demission nicht ohne weiteres vorzunehmen gedenke, da darin Fahrenflucht erblickt werden könnte. Er sehe in dem Pflichtengefühl, das ihn erfüllt, das bindende Mandat, die großen Massen der britischen Arbeiterschaft weiterhin vor schmerzlichen Unbill, das sie bedroht, zu schützen.

### Unternehmerhochmut in Belgien

Brüssel, 2. Sept. (Eig. Draht.) In der am Mittwoch nachmittags stattgefundenen Sitzung der paritätischen Kohlenkommission ist es zum Bruch zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber gekommen. Die Stimmung unter den Bergarbeiterführern ist sehr gereizt. Sie haben den Bergarbeitern die weitestgehenden Zugeständnisse gemacht und sie bei den Verhandlungen mit dem belgischen Kohlenindustriat in jeder Weise unterstützt. Sie haben sie dem Dant dafür in den Unternehmern. Diese haben offenbar darauf abgesehen, die Bergarbeiter in einen Streit zu treiben, dessen Ausfall sie am liebsten der letzten Wirtschaftsphase für sich als günstig beurteilen. Kommt es zum Kampf, dann dürfte er äußerst erbitterte Formen annehmen.

Erklärungen des Reichsfinanzministers

Berlin, 2. Sept. Reichsfinanzminister Dietrich hatte am Mittwoch nachmittag eine Besprechung mit Beamtenvertretern, deren Gegenstand die letzte Notverordnung und die kommenden Maßnahmen der Reichsregierung waren.

Berlin, 2. Sept. Auf der heutigen Kundgebung der Staatspartei in Berlin hielt Reichsfinanzminister Dietrich eine Rede, in der er u. a. erklärte, daß die Gefahr, die aus der kurzfristigen Verschuldung drohe, auf sechs Monate abgemindert sei.

Zur Beachtung bei Auslandsfragen

Man schreibt uns: Auslandsfragen aller Art (Auskünfte über deutsche Firmen und Einzelpersonen im Ausland, Auswanderungs- und Siedlungsfragen, Nachforschungen usw.) beantwortet jederzeit mündlich und schriftlich das Deutsche Auslands-Institut, Stuttgart, Charlottenplatz Nr. 1a.

Schauspieler und Bankpleite

Einer der Hauptgläubiger der zusammengebrochenen Amstelbank in Amsterdam ist der bekannte deutsche Schauspieler Max Ballenbergs. Ballenberg und seine Frau, die Operettensängerin Fritzi Massara, hatten bei der Amstelbank Ersparnisse im Betrage von ungefähr 227.000 Dollar deponiert.

Wieder Ruhe in Köln

Köln, 2. Sept. Der Zustand der Kölner Füllorgearbeiter ist am Mittwoch endgültig zusammengebrochen. Mit Ausnahme einiger weniger Leute, sind die 1200 Streikenden an ihre Arbeitsstelle zurückgekehrt.

Das Urteil gegen Professor Moulin

Rom, 2. Sept. (Eig. Draht.) In dem Prozeß gegen den Prof. Moulin und seine italienischen Mitangeklagten wurde am Mittwoch nachmittags folgendes Urteil gefällt: Moulin, Albajini und Maffi erhalten je 2 Jahre Gefängnis.

Freidenker-Weltkongreß

Vom 5. bis einschließlich 7. September 1931 findet in Berlin ein Freidenker-Weltkongreß statt. Vertreter der Freidenker aus Österreich, Frankreich, Belgien, England, Italien u. a. sprechen über: Internationaler Kampf gegen Kulturschismus.

Ballade vom privaten Höchstgehalt

Es war einmal ein Höchstgehalt, Das alles übertrafste, Das als das allerhöchste galt, Das überhaubt man zahlte.

Führer Ichweigt Frantzen tot

Das gebrochene Hakenkreuz

„Der Glaube an die NSDAP, erschüttert“, so schreibt ein bisheriger Nazi-Führer

Braunschweig, 1. Sept. Eine Erklärung, die der bisherige Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Grob, zu seinem Austritt aus der NSDAP, abgegeben hat, lautet u. a.:

Die Auseinandersetzungen mit der Reichsleitung der NSDAP, dem deren Beauftragten in der Rücktrittsangelegenheit des Ministers Dr. Franzen haben

in geradezu erschreckendem Maße die Wandelbarkeit und Unentschiedenheit der Partei nicht nur auf dem Gebiet der Taktik, sondern vor allem in Fragen der Zielsetzung und Programmziele bewiesen.

Die Erklärung Grobs bezieht sich dann näher mit der Begründung der Forderung der Parteileitung, in Braunschweig wieder den zweiten Minister zu stellen, die als eine unglückliche Zerkünderung der Parteigenossen bezeichnet wird, und kommt zu dem Schluß:

„In Wahrheit glaube ich nun damit offensichtlich, den langersehnten Ausweg gefunden zu haben.

Da ich den Glauben nicht mehr habe, daß die NSDAP, wie sie sich, entgegen ihrer programmatischen Zielsetzung, heute verhält, die Idee des Nationalsozialismus, für die ich kämpfe und kämpfen werde, verwirklichen wird, trete ich hiermit aus der Partei aus.“

Zum Austritt Franzens aus der Nationalsozialistischen Partei erklärt der Vorwärts: „Die Hitler-Diktatur hat Herrn Franzen desavouiert — mit ihm aber auch die aktivistische Richtung in der Organisation und der Reichstagsfraktion der Hitlerpartei. Herr

Franzen antwortet mit dem Austritt aus der Partei. Damit werden die Spannungen in der Hitlerpartei noch stärker sichtbar als zuvor. Dieser Austritt fügt im übrigen dem Charakterbild des Herrn Franzen den letzten Strich hinzu. Der preußische Amtsrichter, der sich mit der Hitlerpartei eingelassen hatte und einem Disziplinarverfahren entgegen sah, wurde von Hitler zum braunschweigischen Minister bestimmt. Sofort fielen die Eierhäfen richterlicher Objektivität von ihm ab.

Der nationalsozialistische Führer in Karlsruhe sucht den Austritt Franzens aus der Nazi-Partei durch eine unscheinbare, leicht überschaubare Meldung einfach totzuschweigen. Bis vor kurzem noch feierte die Nazi-Partei Franzen als einen zweiten Bismarck; jetzt bemüht sie sich, Franzen schnell vergessen zu machen. Das geht zwar nicht. Der Fall ist jedoch für die Berichterstattung der Nazi-Partei charakteristisch.

Nazi-Partei in Thüringen

Stimmenrückgang bei Gemeindevahlen

In Schwarzburg in Thüringen fand ein Gemeindevahl über die Auflösung des Gemeinderats statt. Er wurde von Nationalsozialisten und Kommunisten gemeinsam betrieben, die eine völlige Neilebelebten. Von 1530 Wählern haben sich am Gemeindebegehren 634 beteiligt.

In Beutungen (Bera) wurde der Gemeinderat neu gewählt. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Nationalsozialisten 367 Stimmen (4 Sitze), Nationale Arbeiter- und Angestelltenliste 305 Stimmen (3 Sitze), Landbund 151 Stimmen (1 Sitz) und Sozialdemokraten 304 Stimmen (3 Sitze).

Ein Vergleich mit der letzten Reichstagswahl am 14. September vorigen Jahres ergibt, daß die Nationalsozialisten einen wesentlichen Stimmenrückgang zu verzeichnen haben. Bei der Reichstagswahl erhielten sie 548 Stimmen und unter Hinzurechnung der großdeutschen Liste Schmelz 600 Stimmen.

Unterkunftskajernen der Berliner Nazis

Berlin, 2. Sept. (Eig. Draht.) Die Berliner Nationalsozialisten legen systematisch Unterkünfte für ihre SA-Banden an. Bisher wurde die SA in Gastwirtschaften in Bereitschaft gehalten. Jetzt wird sie in rechteckigen Kajernen zusammengezogen, die nach Art der Polizeiuferkünfte eingerichtet werden.

Der Berliner Polizeipräsident hat diese Unterkünfte durchsuchen lassen. Da jedoch nach den Untersuchungen kommunistischer Quartiere die Nationalsozialisten gewarnt waren, hat diese Durchsuchung nichts Wesentliches zutage gefördert. Diese Heime bilden eine ständige Gefahr und eine ständige Bedrohung politischer Andersdenkender.

3000 RM. Belohnung für Ermittlung der Mörder des Polizeimeisters Perse

Hamburg, 2. Sept. Die Polizeibehörde hat die Belohnung für die Ermittlung der Mörder des Polizeimeisters Perse von 1000 RM. auf 3000 RM. erhöht.

Die „Deutsche Revolution“



„Kampfgelassen! Straßer und Stennes, unsere ehemaligen Führer, sind Lumpen, Verräter —“



— unsere hochverehrten Führer Straßer und Stennes, sie leben hoch, hoch, hoch!“

Freistaat Baden

Städteeingabe an den Landtag

Der Badische Städteverband und der Badische Städtebund haben in einer längeren Eingabe an den Landtag zu dem Notgesetz vom 9. Juli 1931 Stellung genommen. Die Denkschrift behandelt zunächst die finanziellen Auswirkungen des Notgesetzes auf den Finanzhaushalt zwischen dem Lande und den Gemeinden.

Angleichung im Prüfungswesen

Das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts hat mit dem preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

vereinbart, daß das am 20. September 1929 zwischen Baden und Preußen getroffene Übereinkommen wegen der gegenseitigen Anerkennung der Prüfungsergebnisse für das Lehramt an höheren Schulen auch auf das Fach Leibesübungen und Körperliche Erziehung ausgedehnt wird.

Milliarden spielen keine Rolle

Das übersteigerte Sensationsbedürfnis des nationalsozialistischen Führers

Man schreibt uns: Der nationalsozialistische Führer kennt das Sensationsbedürfnis jener Kreise die ihm nachlaufen genau. Er weiß daher, daß ohne große Manöver und wilde Uebersteigerungen, er diese nicht betriebligen kann, was er in reichlichem Maßstab auch tut.

Der nationalsozialistische Führer kennt das Sensationsbedürfnis jener Kreise die ihm nachlaufen genau. Er weiß daher, daß ohne große Manöver und wilde Uebersteigerungen, er diese nicht betriebligen kann, was er in reichlichem Maßstab auch tut. In diesem Zusammenhang nicht auf all die politischen Schwindelmänner eingehen, die der Führer in letzter Zeit verbrochen hat. Mir persönlich ist vor allem interessant die Art, die der Führer bei seinem „Bericht“ über den Katholikentag anwobte, indem die Rede eines prominenten Führers des deutschen Katholizismus in das Gegenteil verborgen hat und aus der Warnung des betreffenden Redners vor dem Nationalsozialismus eine Rede zurecht gekürzt hat, die gerade das Gegenteil von dem, was der Redner wollte, daraus zu machen versuchte.

**Bomben über Nancy**

Von unferem zum Kriegsschauplatz entsandten Sonderberichterstatter

Großes Hauptquartier, Nancy, 30. August.  
Frankreich hat seine Hauptluftstreitkräfte loeben nach Nancy geschickt. Hier, in den lothringischen Vogesen, fand in den letzten Tagen das größte Luftmanöver statt, das man überhaupt seit dem Kriege in Frankreich ausübte. In Jagd-, Erkundigungs- und Bombenflugzeuge war das Luftgeschwader des Capitaines Duménil im Flugzeug persönlich anwesend. Vom Dorf Essey war, hielt man es verhehentlich für ein feindliches Flugzeug und eröffnete ein heftiges Maschinengewehrfeuer gegen den Minister, und Herr Paul Guichard, der „Direktor des Schutzes und Sicherheitsdienstes von Paris und Umgebung“, kam mit zahlreichen Geschützen und Militärmaschinen zum Anhalten hierher. Vom Abend des 26. August bis zum Abend des 29. August schwirrten etwa 150 Flugzeuge über und um Nancy, dazu 10 langgestreckte Fesselballons („Wüste“ nennen sie die Franzosen). Als wir am 27. August mittags auf dem Platz vor dem Rathaus einhergingen, bewegte sich ein Flieger, E 620 land unten an seiner Tragfläche, dauernd über unferen Köpfen. Er war schon in der Ferne verschwunden, als es eine Anzahl kleinerer Zettel herunterregnete. Neugierig stürzten sich die Kinder, hinter als die Erwachsenen, auf diese Zettel, um ihren Text zu studieren. Dieser lautete:

„Ich bin ein betrautes Jagdflugzeug. Ich soll euch gegen einen feindlichen Angriff schützen. Seid nicht neugierig! Viele Neugierige wurden getötet und verletzt. Denkt daran, daß bei Luftkämpfen die Maschinengewehre feuern und daß euch Kugeln von uns und von den Feinden treffen könnten, die nicht für euch bestimmt waren. Das ist dann eure Schuld. Bleibt nicht auf der Straße! Versteht euch unter der Erde! Geht in eure Häuser, schließt euch nicht an den Fenstern! Versteht euch nicht die Tiere! Schützt euch die Pferde!“

Feindliche Zettel wurden später auch von den Bomben- und Erkundungsflugzeugen abgeworfen. Wieviel Unglück müßten diese Zettel in den Händen der Feinde der Straße aufheben! Und werden mit der Sicherheit aufgelesen, daß bald ein Krieg die Wagnungen des grünen Zettels zur Wirklichkeit machen müße. Gerade am gleichen Vormittag lautete aber der amtliche französische Heeresbericht (den es wurde jetzt in Nancy, wie im Kriege, jeden Tag ein amtlicher Bericht herausgegeben): „Nichts Neues an der Front!“ Im nordfranzösischen Cambrai hatte man ja sogar im vorigen Jahr in einer Schule die Kinder probeweise Gasmasken aufsetzen lassen. Einige Kinder schrien und weinten und wehrten sich aus gefundem Instinkt gegen das Tragen der Maske.

Auch in Nancy wurde der Bevölkerung die Notwendigkeit eines vorsorglichen Einkaufs von Gasmasken laut gemacht, als man gestern nachmittag die 3000 Arbeiter beschäftigende Fabrik von Kumpen, die während des doch hoffentlich letzten Krieges verhältnismäßig von deutschen Fliegern bombardiert wurde, über 3 Kilometer lang in fünf Längen in mehrere Abschnitte zerlegte. Dieser paßte an der Gurgel, stach, und alle mühten huffen. Etwa 10 Arbeiter, darunter einige Kriegsveterane, erkrankten bei diesem Versuch. Den Höhepunkt erreichten die Manöver aber in der Nacht vom 28. zum 29. August. „Wie während des Krieges sah es in Nancy aus“, schrieben mit Recht die Lokalzeitungen.

Aus den Maueransagen des Bürgermeisters Malval will ich hier die wichtigsten Sätze darüber wiedergeben: „Die Straßen und Plätze von Nancy werden in dieser



Das ist das Gesicht des Krieges der Zukunft

Volksfähige Infanterie bei Gasübungen. Technik und Chemie sind die Waffen von morgen — hundertmal furchbarer ist dieser mühsame Zukunftskrieg als der Krieg von einst. Mögen die nationalpolitischen Kriegsbeher daran denken!

Nacht nicht beleuchtet. Bei Anbruch der Nacht müssen alle Lichter in den Privathäusern und öffentlichen Gebäuden ausgestellt sein. Autos dürfen nicht fahren. Von 9.30 Uhr abends an ertönen die Sirenen (längere Zeichen) und die Alarmsirenen der 15 Kirchen (3 Minuten lang). Die Lichtauslösung muß dann total sein.“ Auch der Bahnhof wurde in vollkommenstes Dunkel gelegt.

Diese letzte Nacht war eine furchtbare Nacht für Nancy. Auch die Krankenpfleger machten ihre Übungen. An der Mädchenschule hatte man ein Schild angebracht: „Schützt die für 80 Personen“. Rinnen füllte man mit Luftapparate auf, die aus 8 Meter Höhe frische Luft in den Raum einzupumpen hatten. An der Knabenschule war ein Schild: „Hilfspoßen für Gastrante.“ Im Keller des Rathauses waren weitere Apparate für künstliches Atmen. Dort sollen dann auch im Kriegsfall die Hochzeiten geschlossen werden.

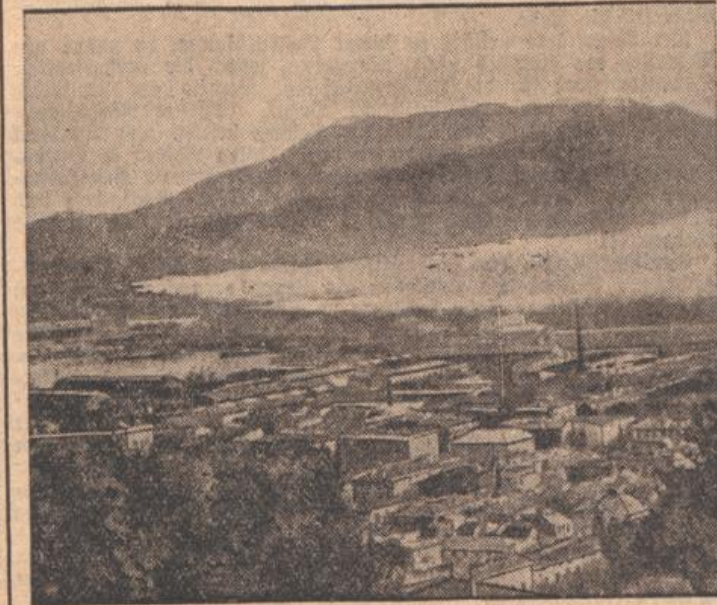
Natürlich wurden bei dieser Gelegenheit auch die Todesstrafen besprochen. Im Falle eines deutsch-französischen Krieges braucht man keine übertriebene Angst zu haben“, schreibt Hauptmann Hautebey in der in Nancy erscheinenden Zeitung Clair de l'Est zur Beruhigung der Bevölkerung. Denn die Todesstrahlen würden gegen Flugzeuge schützen.

Der erste Versuch mit Todesstrahlen war in Deutschland unternommen worden. Dann hat der englische Gelehrte Matheus diese Idee aufgegriffen und der englischen Militärbehörde einen Plan ausgearbeitet, der geheim blieb. Auch in Italien wurden mehrere Patente auf die Todesstrahlen verliehen. Damit wird eine ganze Gegend durch elektrische Strahlensendung gegen einen Flugzeugangriff abgesperrt und der Flugzeugführer stirbt elektrifiziert.

Frankreich beabsichtigt keinen Angriff. Es rüstet sich zum „Verteidigungskrieg“. Aber es rüstet sich so stark, daß die Flugzeugfabrikation in ihren Katalogen, die sie an Privatpersonen versenden, ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß der französische Staat 35 Prozent des Kaufpreises zahlt und obendrein 120 000 Franken Betriebskosten in 4 Jahren, wenn der Flugzeugbesitzer damit einverstanden ist, daß sein Apparat in einem eventuellen Kriegsfalle „requisitioniert“ werden kann.

**Auch Italien macht Luftkriegsmanöver**

Ebenso wie England und Frankreich macht auch Italien seine Luftkriegsmanöver — wohl als größte Vorbereitung der kommenden „Abrüstungskonferenz“, wobei sich überall zeigt, daß



Von den großen italienischen Luftmanövern: Giftgasangriff auf den Kriegsschiff Spezia

Die Vernebelungsplanen der Flugzeuge über Spezia

es gegen die Schreden des kommenden Krieges kein Rettungsmittel gibt. Eine völlige Niederlage der Verteidigungsstrassen Italiens war der Ausgang der großen Luftmanöver, die dort abgehalten wurden. Ungefähr vierhundert Bombenflugzeuge haben technisch die Stadt verwüstet. Jagdflugzeuge folgten dem Bombenangriff und strichen in niedriger Höhe mit knatterndem Maschinengewehrfeuer über die Stadt hinweg. Trotz heftigen Schrapnellregens der Abwehrbatterien makte die Stadt um Woffenstillstand bitten. Die Manöver fanden in Gegenwart des Kronprinzen Umberto statt.

**Soziale Rundschau**

**Der Behördenangestellte**

Die Öffentlichkeit ist der Meinung, daß alles, was bei einer Behörde in Amtsstuben beschäftigt ist, Beamte und Beamtenanwärter sind, weiß aber meistens nicht, daß dort auch Nichtbeamte bzw. Angestellte vorhanden sind. Der Angestellte arbeitet neben und mit dem Beamten Hand in Hand und hat seinen Dienst mit gleich treuer Hingabe zu erfüllen wie der Beamte. Das Verhältnis, das der Arbeitgeber (Reich, Länder und Gemeinde) mit den Beamten schließt, trägt öffentlich rechtlichen Charakter. Das Verhältnis zum Angestellten ist jedoch privatrechtlicher Natur, d. h. der Angestellte ist nicht auf Lebenszeit angestellt, vielmehr kann er jederzeit nach dem Tarifvertrag entlassen werden. Nur bei einer sehr geringen Zahl der sogenannten Dauer- oder Bedarfsangestellten (das sind meistens Angestellte mit 10 Jahren und mehr Dienstzeit) ist die Kündigung auf einen sehr wichtigen Grund beschränkt. Dann gibt es noch eine ganze Menge von Hilfsangestellten, die vorübergehend mit einer Dauer von einem, zwei oder drei Monaten beschäftigt werden. Diese Art Angestellte kommen im Lauf des Jahres des öfteren eingestellt und wieder entlassen werden und kommen auf diese Art der Beschäftigung nicht in den Genuß der Kündigungsbestimmungen.

Der Angestellte leistet Beiträge für die Sozialversicherung an genau so wie der Arbeiter im freien Erwerbsleben, er zahlt also Kranken-, Alters- und Angestelltenversicherungsbeiträge. Der Beamte hat dies jedoch auf Grund seines Dienstrechtes nicht notwendig. Arbeitslosigkeit mit ihren Leiden ist ihm fremd. Wird der Beamte entlassen, bekommt er unter gewissen Voraussetzungen Vorkasse, d. h. er erhält einen bestimmten Prozentsatz seines bis dahin bezogenen Gehalts weiter. Ist der Beamte krank, erhält er kein Gehalt ohne Rücksicht auf die Dauer unerbittlich fortbezahlt, der Angestellte dagegen nur bis zu einer eng begrenzten Zeit. Ähnlich ist es mit der Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Sie steht dem Beamten auf bei Dienstunfähigkeit und errechnet sich nach seinen Dienstjahren, ohne daß für ihn finanzielle Aufwendungen notwendig waren. Der Angestellte dagegen muß sich durch laufende monatliche Beiträge ein Anrecht auf späteres Ruhegeld, das zudem weit hinter dem des Beamten steht, bei der Angestelltenversicherung erwerben.

Das sind also die hauptsächlichsten Unterschiede zwischen dem Beamten und dem Angestellten bzw. öffentlichem und privatem Dienstrecht. Der Angestellte bekämpft nicht den Beamten. Er bekämpft, daß man ihn nur als Helfer und Hilfsarbeiter benutzt, daß man ihn das Recht, in der Verwaltung zu arbeiten, mit einigen Ausnahmen, strikt machen will. Es scheint so, als wenn die Gegner des Angestellten den Artikel 128 der Reichsverfassung nicht kennen wollen, der besagt, daß alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetzgebung und entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen sind.

Anderes ist es bei der Rückzahlung der Beiträge. Der Behördenangestellte muß die gleichen Gehaltskürzungen erleiden wie der Beamte, obwohl er schon 10-13 Prozent seiner Gesamtbezüge für Sozialversicherungsbeiträge zahlt. Es gibt keinen anderen Beruf, der durch den Gehalts- und Rentenabbau eine so weitgehende Beeinträchtigung seiner gesamten Lebenshaltung erfahren mußte wie die Angestellten bei Behörden. Hier zeigt sich, daß diese Angestellten nur dann mit den Beamten gleichgestellt werden, wenn es sich um Nachteile handelt. Ein Behördenangestellter.

**Arthur Fontaine gestorben**

Paris, 2. Sept. Im Alter von 71 Jahren ist heute vormittag Arthur Fontaine gestorben. Fontaine vertrat die französische Regierung beim Internationalen Arbeitsamt und war Vorsitzender des Verwaltungsrates dieses Amtes. Er war stets um eine deutsch-französische Verständigung bemüht.

**Aus aller Welt**

**Schweres Einsturzglück in Wittenberge**

Wittenberge, 2. Sept. Ein schweres Einsturzglück ereignete sich heute in der Auguststraße. Als Handwerker bei der Ausbesserung eines Daches beschäftigt waren, stürzte das Dach der Vorderfront in seiner ganzen Breite herab und riß einen Dachdeckermeister und einen Klempnermeister hinab. Beide wurden schwer verletzt. Ein auf dem Bürgersteig gebender Klempnerlehrling erlitt durch herabfallende Steine erhebliche Verletzungen.

**Graf Arco tritt von der Leitung der Telefuntelengeseellschaft zurück**

Wie die Telefuntelengeseellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. mitteilt, hat sich Graf Arco entschlossen, von der Leitung der Telefuntelengeseellschaft zurückzutreten und sich in Zukunft persönlichen Studien zu widmen. Es ist vorjore getroffen, daß Graf Arcos große Erfahrung und die Ergebnisse seiner zukünftigen Arbeiten auch weiterhin der Telefuntelengeseellschaft, der er seit 1903 angehört, zur Verfügung stehen.

**Schwere Explosion in einer Pulverfabrik**

Piffabon, 2. Sept. In der Pulverfabrik von Niederbrunn ereigneten sich heftige Explosionen. Drei Personen erlitten schwere Verletzungen. Der Schaden ist außerordentlich groß.

**Explosion in einer Fabrik bei Paris**

Paris, 2. Sept. In einer Fabrik in Bezons in der Nähe von Paris hat sich heute vormittag ein bisher unbekannter Grund eine Explosion ereignet. Es sollen zahlreiche Personen verletzt und einige getötet worden sein.

**Mißglückter Raubüberfall auf einen Kassenboten**

CHB. Berlin, 2. Sept. Auf einen 18jährigen Kassenboten einer Charlottenburger Firma wurde heute gegen mittag in einem Hause in Charlottenburg, in dem sich eine Kassebank nebenstelle befindet, ein Raubüberfall verübt, der jedoch durch die Geistesgegenwart des Boten vereitelt wurde. Der Expedient Seefeld, der bei der Berliner Vetrofabrik in Charlottenburg beschäftigt ist, hatte den Auftrag erhalten, 600 Mark in großen Scheinen umzuwechseln. Als er das Treppenhaus des Hauses Leibnizstraße 8 heraufstieg, wo sich im ersten Stock eine Kassebank nebenstelle befindet, drang plötzlich ein Mann auf ihn zu und entriß ihm die Aktentasche. Der vorsichtige Expedient hatte die 600 Mark jedoch in seine Brieftasche gefasst, so daß der Räuber nur die ziemlich wertlose Tasche mit unweilentlichem Inhalt erbeutete. Der Heberoffene besch außerdem die Geistesgegenwart, die Verfolgung des Täters anzuverfolgen. Dieser fand mit einem Motorrad wartete. Der verlor die Räuber schwang sich auf das Motorrad und es gelang ihm, zu entkommen. Der Ueberfallene konnte ihm allerdings die Tasche wieder entreißen, mußte sich aber im Übrigen damit begnügen, die Nummer des Motorrades aufzuschreiben, was für die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei von Wichtigkeit ist.

**Nazi-Bauernfang auf Mädchen**

**haarsträubende Notausnutzung der Nazis**

Dem SPD. wird aus Hannover berichtet:  
Vor dem Spruchauschuss des Landarbeitsamtes Hannover kam ein geradezu ungläublicher Fall kandalöser Ausnutzung der Not der Arbeitslosen durch die Nationalsozialisten zur Verhandlung. Die hannoversche Nazi-Zeitung hat im hiesigen Arbeitsamt vor der Stempelstelle der weiblichen Büroangestellten Werbung aufgestellt. Sie predigen die arbeitslosen weiblichen Angestellten an und erklären diesen Dofen einer verkümmerten Wirtschaft, Arbeit und Verdienst verschaffen zu können. Die weiblichen Angestellten werden dann zum Büro der Nazi-

Zeitung geschleut. Dort erzählt man ihnen, daß sie Arbeit erhalten könnten, wenn sie in die NSDAP. eintreten würden. Vom Tarifgehalt ist natürlich keine Rede. Man bietet für die Arbeit in der Nazi-Zeitung monatlich 40, 50 und im höchsten Falle 60 M. Auf den Einwand der Mädchen, daß sie mit dem Gelde nicht auskommen können, wurde gesagt, man würde ihnen Zeit und Gelegenheit geben, weiter zum Stempeln zu gehen. Sie könnten ihre Arbeitslosenunterstützung nach wie vor abheben. Die auf diese Bauernfangerei hereingefallenen jungen Mädchen haben nicht nur eine fähbare Ordnungstrafe des Arbeitsamtes zu gewärtigen, sondern auch ein Verfahren wegen Betrugs an der Arbeitslosenversicherung, wofür meistens auf Gefängnisstrafe erkannt wird.

**Feurige Hochzeitsüberraschung**

Zu einem furchtbaren Blutbad kam es während der Hochzeitsfeier der „Schönheitskönigin“ der rumänischen Stadt Iacova. Abwehrere abgewielene Freier des Mädchens eröffneten durch das offene Fenster ein Schießfeuer aus Militärgewehren auf die beim festlichen Mahl verammelte Hochzeitsgesellschaft. Braut und Brautgroom wurden lebensgefährlich verletzt, die Eltern des Mädchens und ein Hochzeitsgast der weiteren Verwandtschaft getötet. Die Täter sind flüchtig.

**Flucht aus der Strafkolonie Guyana**

Paris, 2. Sept. Wie die Blätter berichten, sind aus der französischen Strafkolonie Guyana zwölf zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilte Sträflinge geflüchtet. Sechs kamen während des Flugversuches auf offener See um, den sechs anderen gelang es, nach Venezuela zu entkommen.

**Fünf Priester im Ottawa-Flug ertrunken**

Ottawa (Canada), 2. Sept. Auf dem Ottawa-Flug kenterte ein Motorboot; fünf junge Priester ertranken, ein sechster wurde von einem Ruderboot gerettet.

# Der kleine Bürgerkrieg

## Arbeiter gegen Arbeiter

„Ob, ihr Herren! Die Erlaubnis fehlt und es, die auch in eurem Werk der Weltverfassung unterliegen.“  
Benatzky Str.

Man schlägt die Zeitung auf und liest die täglichen politischen Zusammenhänge, Ueberfälle, Morde. Der Leser erschrickt nicht mehr, so sehr ist er an dieses Bild gewöhnt. Spätere Chroniken werden die gegenwärtige deutsche Periode wahrscheinlich überschreiben: Der kleine Bürgerkrieg. Ein Kleinkrieg löst, der von den Diktaturgruppen und Terroranhängern ganz links und ganz rechts mit sozialen und Scheinrevolutionären Schlagworten geführt wird: gegen Republikaner, Sozialisten, Reichsbannerleute — gegen Arbeiter!

Auch im Bürgertum gibt es politische Gegensätze: bürgerliche Anhänger der Demokratie stehen gegen bürgerliche Diktatur, Republikaner gegen Monarchisten, Friedensfreunde gegen Militaristen und Kriegsbeter, Fortschrittler gegen Konervative und Schrammaderische Gruppen. Aber die Schädel schlagen sie sich nicht ein. Das besorgen einander nur die unteren Schichten. Und in entscheidenden materiellen Fragen, da, wo ihre Lebensinteressen bedroht sind, finden sich die Bürgerlichen rasch zum Kompromiß, zur gemeinsamen Abwehr gegen die Forderungen der Besitzlosen. In diesem Punkt — das muß ausgesprochen werden — stehen die Besitzenden einfach mehr politische Wesen als das Proletariat. Und deshalb hält dieses längst unerschütterliche und stiellose Bürgertum noch immer die politische und wirtschaftliche Macht in den Händen.

Hier hören wir die Thälmann-Trabanten, hüten, die Nazi-Demagogen drüben schreien: Die SPD ist schuldig, die Demokratie ist schuldig eure Taktik ist faul, nur die Diktatur kann uns retten — und was sonst noch drauflosgebrüllt wird. Aber das brüllt an der Sache, auf die es ankommt, vorbei; denn auch unter den bürgerlichen Parteien herrschen starke politische Meinungsgegensätze, in den Punkten jedoch, die bürgerlich-kapitalistische Lebensinteressen unmittelbar betreffen, stimmen sie rasch überein. Es geht hier darum, daß in proletarischen Lebensfragen — wie Lohnpolitik, Sozialgesetzgebung, Arbeiterrecht usw. — sich die Arbeiter aller Richtungen meistens gegenseitlich, wenigstens von Fall zu Fall, unterstützen müßten, wie schimpflich es für die Arbeiter ist, sich wegen politischer Meinungsverschiedenheiten zu Ruß und Trömmen der kapitalistischen Reaktion mit Knüttel und Dolch zu zerfleischen.

Wir reden hier nicht von den Kommandos, von den Kollingern oder blutrünstigen Diktatoren, die sich naturgemäß dorthin gezogen fühlen, wo es etwas zu „rollen“ gibt, wo Bürgerkrieg im Kleinen gespielt wird; wir reden von den politisch interessierten Arbeitern, die ernsthaft eine bessere Zukunft erstreben und von dieser besseren Art marschieren ja wohl auch einige Dutzende hinter dem Sowjetstern, wie hinter dem Dalenkreuz. Was denken die sich eigentlich bei den Ueberfällen und Bürgerkriegsspielerien ihrer „Kollkommandos“? Was denken die sich bei dem blutrünstigen rechts- und linksradikalen Rachehysterie gegen das sozialdemokratische Arbeiterlager?

Denen ganz links ist die Sozialdemokratie zu gemäht, nicht genügend „revolutionär“ und das, was sie darunter verstehen, den wirren Proletariern rechts drüben dagegen ist der Kopf verteilt mit nationalitätlichen, antihemischen und antimarkistischen Vorurteilen. Beide Lager begeistern die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften schlimmer, als es die borniertesten Schrammader können. Wo haben wir diese Geister zu fragen: Wie steht denn mit eurer Bewegung? Wie sehen denn die Parteien aus, denen ihr euch ergeben habt? Wer sind denn eure Feinde? Da geht der Sommer schon los.

Rechts drüben der ardenwahninnige Barmabas Hitler, der schon im November 1923 im Kampf sterben wollte, sich aber noch rechtzeitig rettete und heute besser lebt denn je; dieser verworrene Oberdemagoge, der außen- und innenpolitische Grundzüge öfter wechselt als andere die Semden, der vom Sozialismus schwafelt und vom Kapitalismus lebt, dieser Freund von Großverdienern wie Eugenberg, Kirdorf usw. Da sind diese nationalsozialistischen Führer und Unterführer, die gegeneinander derart intrigieren, daß Hitler mit dem Schlichtigen nicht fertig wird. Da ist diese Riesenliste von dunklen Ehrenmännern mit eben so dunkler Vergangenheit, diese Kolonnen von Streibern und Stellenjägern, die sich schon für die besten Stellen im sogenannten „Dritten Reich“ haben vormerken lassen. Diese im Kern verborgene, kleinbürgerlich-antisemitische Partei, in der Bringen und Offiziere alles, Arbeiter nichts zu sagen haben, diese von Kapitalisten finanzierte Dalenkreuzerde, deren Korruption so zum Himmel fliegt, daß die nationalsozialistischen Untersuchungskommissionen Ueberstunden machen müssen — das will dieses Hitlerprogramm, das sich auf ein abenteuerliches Geheimrezept stützt, dieses zwischlächtige Sammelurium für Stammtischspieler und Mittelständler — das will Sozialismus sein? Und diesem entsetzlichen kleinbürgerlich-reaktionären Mischmalch laufen Arbeiter nach?

Und links drüben, diese Thälmanner, die vor einem Moskauer Sturzrunseln zittern, die heute für die „revolutionären Unorganisierten“ schwärmen und morgen für das Bündnis mit dem Nationalismus, die nationalsozialistische Reichswehroffiziere mit militärischer Kriegsheterei auf die Arbeiter loslassen, die Arm in Arm mit den Nazis alles auf die Spaltung der Gewerkschaften setzen, die in der Zerstückelung der Arbeiterbewegung ein revolutionäres Ziel sehen, die erst längst mit Eugenberg, Sedte und Hitler im Bunde zum Volkseutend gegen die republikanisch-demokratische Preußenregierung auftraten: Diese „revolutionären“ Windfahnen und diese Verräter an der sozialistischen Arbeiterpartei — das soll die Erlösung des deutschen Proletariats bringen?

Nein, mit solchen „Arbeiterparteien“ ist wahrlich kein Staat zu machen. Ihr Weg ist verflucht mit Inkonsequenzen, Demagogie, Lüge, verratenen Grundätzen und Bergehen an der gesamten Arbeiterpartei. Das Traurigste an ihnen bleibt die pure Borniertheit, mit der sie — Sowjetstern wie Dalenkreuz — den blutigen Kampf innerhalb der Arbeiterpartei betreiben. Die einen im Namen Moskaus, die anderen im Salbe der Wulfschmann, Kirdorf und verwandten Großverdiener.

Der kleine Bürgerkrieg ist ihr Werk. Er richtet sich gegen die Arbeiterpartei und nicht gegen den Kapitalismus. Und solange die Kolonnen der Thälmann und Hitler lieber mit Eugenberg abgeben, als mit der SPD — solange werden sie von den sozialistischen und republikanischen Massen als Schädlinge und Verräter an der Arbeiterbewegung betrachtet werden. Robert Gräßlich.

Chefredakteur: Georg Schöpslin. Verantwortlich: Volitz, Preussner, Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Grünbaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine tabulische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Verkehrszeitung, Neuwied, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepöflichkeit, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Gfeller, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund S.m.B.G., Karlsruhe.

# Aus dem Gerichtssaal

## Politischer Beleidigungsprozess

Im Karlsruhe, 2. Sept. Vor dem Großen Schöffengericht (Vorherrschender Vorsitz: Vorsitzender Dr. Straub, zweiter Richter: Amtsgerichtsrat Hans Schöpslin, Friedrich Gödel, Kaufmann aus Bruchsal und Johannes Kreis, Fabrikarbeiter aus Alt i. W.) hatte sich heute der Hauptbeteiligte des nationalsozialistischen „Führer“, Dr. Otto Bader aus Karlsruhe, wegen Beleidigung durch die Presse zu verantworten.

Der Führer brachte unterm 29. Mai dieses Jahres einen Artikel unter der Ueberschrift „Laßt Euer Kind einmarschieren“ Der Artikel knüpft an Vorgänge an, die sich im Anschluß an den Freitod des 16jährigen Elektrolehrlings Sellenz in Hamborn abgespielt haben sollen. In dem Artikel heißt es u. a.: „Der politische Terror des Zentrums verfolgte den jungen Nationalsozialisten über den Tod hinaus“. Der Führer Sellenz in Hamborn habe die christliche Seelsorge verweigert und den Eltern den Rat gegeben, ihren Sohn, wenn es dunkel wird, auf dem Friedhof verscharrten zu lassen. In diesem Zusammenhang war von einem „entmenschten Führer“ die Rede.

Der Angeklagte erklärte zu dieser Beleidigung, er nenne den Verfasser des Artikels nicht, übernehme jedoch die vorgelegte Verantwortung für die Veröffentlichung. Bereits am 20. März habe sich das nationalsozialistische Organ (Eigentümer Nationalzeitung) mit dem Fall des Verlehrs Sellenz befaßt. Der Ausdruck „entmenschter Führer“ entspringe dem „Roten Adler“ in Braun-schweig. Der nebenläufige Vertreter Rechtsanwalt Hausmann-Köln gibt bekannt, daß auch gegen den völkischen Beobachter und andere Zeitungen wegen ähnlicher Artikel Strafantrag gestellt worden sei.

Zur Aufklärung des Tatbestandes wurde zunächst der Werkverleiher Sellenz aus Hamborn als Zeuge vernommen. Er gibt an, sein 16jähriger Sohn habe am 21. März wegen Vorgängen in der Schule und zu Hause Selbstmord begangen. Der Zeuge habe sich mit Führer Sellenz in Verbindung gesetzt, und ihm den Vorgang erzählt; auch habe er ihm den von seinem Sohn hinterlassenen Brief gezeigt. Der Beiständige erklärte ihm, daß er die Beleidigung nicht vornehmen könne; dies sei nach den Vorschriften der Kirchenbehörde nicht zulässig. Schließlich wurde ihm von dem Beiständigen nicht verläßt, höchstens, wenn er Zeugen herbeibringen könne, daß ein geistiger Defekt vorlag, könnte er die Beleidigung vornehmen. Der Führer erklärte beim Abschied, er werde für den Sohn beten.

Der Zeuge setzte sich noch mit einem Arzt in Verbindung, der eine telefonische Unterredung mit dem Führer hatte. Bei diesem Anlaß erklärte ihm der Führer, wenn ein psychiatrisches Gutachten vorläge, könnte man über das erzbischöfliche Ordinariat in Münster telegraphisch die Erlaubnis zur Vornahme der kirchlichen Beleidigung erbitten. Schließlich wurde die Beleidigung von einem Geistlichen der Kirche mit Bestimmtheit vorgekommen. Nebenfalls be-lundet der Zeuge mit Bestimmtheit, daß Führer Sellenz von Beleidigungen nicht gesprochen hat. Er habe ihm erklärt, als Mensch würde er es machen, aber als Führer sei er an die Vorschriften gebunden.

Führer Sellenz als Zeugin, die bei der Rücksprache mit dem Geistlichen zugegen war, bestätigte im wesentlichen die Aussagen ihres Mannes. Führer Sellenz gibt an, er habe dem Arzt, der sich mit ihm in Verbindung setzte, selber erklärt, daß man eventuell, wenn ein Gutachten vorliege, telegraphisch die Erlaubnis zur Beleidigung bei der Kirchenbehörde einholen könne.

Nachdem der Sachverhalt soweit geklärt ist, daß an dem Ausgang des Prozesses kaum mehr zu zweifeln ist, regte der Verteidiger des Angeklagten einen Vergleich an. Es letzten dann Verhandlungsverhandlungen ein.

Es kam folgender Vergleich zustande:

1. Der Angeklagte verpflichtet sich, in der Zeitung Führer in Karlsruhe und zwar an derselben Stelle und in denselben Letter wie im Artikel innerhalb zwei Wochen zu veröffentlichen:

### Erläuterung

Die in dem Artikel mit der Ueberschrift „Laßt Euer Kind einmarschieren“ in der Folge 114 vom 29. Mai des Führer gegen Herrn Führer Sellenz in Hamborn enthaltenen Beleidigungen, insbesondere den Ausdruck „der entmenschte Führer“ nehme ich hierdurch als unwarhaft mit Bedauern zurück.

Auf Grund der Hauptverhandlung vom 2. September 1931 vor dem Schöffengericht Karlsruhe habe ich die Ueberzeugung erlangt, daß Herr Führer Sellenz in Hamborn weber persönlich gebührend behandelt, noch sich dienlich oder außerordentlich inforret verhalten hat. Ich habe die Kosten des Verfahrens übernommen und mich zur Zahlung einer Geldbuße für die Kriegsgüterbesitznahme verpflichtet.

2. Die gleiche Erklärung wie unter Ziffer 1 wird innerhalb der gleichen Zeit im babilischen Beobachter in Karlsruhe und im Volksfreund in Hamborn weber persönlich gebührend behandelt, noch sich dienlich oder außerordentlich inforret verhalten hat. Ich habe die Kosten des Verfahrens übernommen und mich zur Zahlung einer Geldbuße für die Kriegsgüterbesitznahme verpflichtet.

3. Der Angeklagte zahlt als Baue den Betrag von 100 M. an den Volksbund für Kriegsgüterbesitznahme, Gau Baden.

4. Der Angeklagte verpflichtet sich, die Kosten des Verfahrens zu zahlen einschließlich denen der Nebenklage.

5. Der Nebenkläger nimmt den Strafantrag zurück, wenn innerhalb sechs Wochen von heute an von dem Angeklagten sämtliche Bedingungen des Vergleichs erfüllt sind.

## Partei-Nachrichten

**Kinlingen.** Am Samstag abend fand im „Prinz Max“ eine von der SPD. einberufene Versammlung statt. Der Parteivorstand Lorenz konnte neben einer zahlreichen Besucherzahl aus Kinlingen, eine starke Abteilung des Reichsbanners aus Bretten beibringen. Landtagsabgeordneter Weis in a n n - Karlsruhe sprach in einflussreichen Ausführungen über die Wege der Arbeiterpartei auf der gegenwärtigen Wirtschaftskrise heraus. In instruktiver Weise gab Genosse Weismann den Anwesenden ein Bild über die Entwicklung und den heutigen Stand der Krise. Die Forderungen von Partei und Gewerkschaften zur Bekämpfung der Krise setzen zu ihrer Durchführung eine starke politische Macht der Arbeiterpartei voraus, deshalb müßten sich auch auf dem Lande die Arbeiterpartei einer Zusammenfindung, um bei dem kommenden Endkampf auf alle Fälle gerüstet zu sein. Eine rege Aussprache schloß sich an die Ausführungen des Genossen Weismann an. Die Genossen Bödele Friedrich und Bog Albert, Kinlingen, behandelten Kinlinger Gemeindeangelegenheiten und führten den anwesenden Kinlinger Arbeitern vor Augen, daß nur eine geschlossene Arbeiterpartei auch in Kinlingen auf dem Rathause etwas für die Bekämpfung der großen Krise erreichen kann. Die Partei in Kinlingen war immer bestrebt, den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung Rechnung zu tragen. Ein Bretterer Genosse sprach über die Parteibewegung und ihrer „sozialistischen Taten“. In seinem Schlußwort konnte Genosse Weismann auch feststellen, daß in Kinlingen die Arbeiterpartei nicht gewillt ist, von „Fürsten-Sozialisten“ sich freizugehen zu lassen.

**Die zu 4 Stellen** 30 Pf. die Stelle **Vereinsanzeiger** 20 Pf. die Stelle **Verbandsanzeiger** finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Reflektationspreis behandelt.

**Karlsruhe.**  
**Sängerbund Vorwärts.** Die passiven und aktiven Mitglieder treffen sich am Samstag, 5. September, abends ab 8 Uhr, in der Deutschen Eiche, Augustenstraße. Um zahlreiche Beteiligung ersucht.  
**Naturfreunde-Jugend.** Heute abend Treffpunkt 8 Uhr Festhalle Durlach. Probe.  
**Volksbildungsabteilung.** Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Volkshaus „Vorwärtsbildung. Wichtige Tagesordnung. 6547  
**Durlach.** Sozialdemokratische Kathausaktion. Morgen Freitag abend 8 Uhr im Rathaus, Zimmer 1. Fraktionsführung. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. 1710 Der Vorstand.



### Der Radikalismus!

**Küchen**  
Kauend billig von 105 M. abwärts bis 4  
**Furni**  
Büchergestelle 77 (hinter Gelsio. Knopf)  
Zu verkaufen Schreib-tisch mit Aufsatz, Amerikanerstuhl, Kasten in Eichen, Tisch 60x70cm alles gut erhalten von Durlach. Näheres Gellinger Straße 19, 1.  
Eingetragene mit Kästen, flugfähige billig zu verkaufen. Gellinger, Karlsruhe, Friedrichstr. 8.  
Weiß, Gasheerd 10 M. Nähmaschine 35 M. mit voller Garantie. Preiszahlung gehalten. bei Saab, Herrenstr. 8.  
Fall neuer weißer Kinder-Dick- u. Dik-wagen billig zu verkaufen. Durlach, Durlachstr. 8, h. 1 rechts.  
Nelleser Zeltständer wegen Verkauf am 20. u. 21. Sept. Schilling, Dreilägerstr. 7. ©1201

**Gebrüder-Jäck**  
**Brücke-Sägmühle (Post Markzell)**  
Fornru Markzell 4  
Wir empfehlen uns zur Lieferung von Bauholz, Brettern, Latten und Blockwaren aller Art bei schneller Lieferung 1709  
**Adressen-Schreiber**  
Erlangebeite an K. Buchmann, Verlag, Flonsburg, Durlachstr. 5. 6538  
**Möbeltransporte.** 1011  
Vereinsfabriken u. sonstige Fuhrer m-gebebt. Schnellfuhrerwagen bei billig. Berechnung. Fischer, Durlachstr. 5. 6534  
**Ähren-Versteigerung**  
Vortagung 6500  
Freitag, 4. und Samstag, 5. September 1931, jeweils 1/10 und 1/3 Uhr  
Kriegsstraße 20 im Laden  
Günstige Gelegenheit für Wirtschaftsgeschäfte.  
**Hesch** Gochelstraße 15  
Telefon 2723

**Elegant und dabei äußerst haltbar!**  
EINHEITSPREISE: DAMEN HERREN  
RM 12.60 RM 14.80  
RM 16.60 RM 18.80  
**Hess Schuhe**  
Alleinverkauf in Karlsruhe  
Kaiserstr. 183



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

3. September.

1658 Oliver Cromwell. — 1791 Erklärung der Menschenrechte der französischen Verfassung einverleibt. — 1849 Dichter E. v. Reuchtersleben. — 1850 Jean Jaurès. — 1883 Russischer Dichter S. Turgenjew. — 1914 Soa. Abg. L. Frank gefallen. — 1928 Völkerverbundstagung in Genf.

## Liebe Schupo!

Eigentlich ist die Notverordnung Schuld an diesem Brief. Die ist überhaupt an allem Schuld; und die Ungerechtigkeit, daß man — da, man sieht es ja, nicht dran denken darf man, sonst kommt man wieder ganz in Rage. Aber ich bin keiner von denen, die immer weiter machen mit ihrer Schimpferei. Zuerst habe ich sämtliche Zeitungen abbestellt, aber nur mit dem W- und. Bei näherem Ueberlegen habe ich eingesehen, daß ich zuerst überhaupt nichts gedacht hatte, nur geschwätzt. Sämtliche Protestverammlungen habe ich mitgemacht und kann demnach alle verlesenden Statistiken mit sämtlichen deutschen Ländern samt Umgebung auswendig. Aber weiß das alles absolut gar nichts hilft, habe ich aus vollkommen freien Stücken die Folgerung aus der Lage gezogen und mich auf den Boden der Tatsachen gestellt.

Anfangs hats mich ja schwer genickt, daß die Schupo mit einem blauen Auge davonkommen, wo es uns andere Beamte zwei und noch mehr gekostet hat. Ich lebe es ja ein, daß Ihr es in letzter Zeit verdammt schwer habt und ich möchte nicht in Eurer Haut stecken. Aber einem anderen etwas gönnen, was man selbst nicht hat, das fällt einem ehlen Menschenherzen arg schwer.

Über Schwamm darüber! Also liebe Schupo, Du siehst ein, ich habe ein ganz besonderes Recht, daß meine Bitte an Dich gehört und erfüllt werde. Nämlich . . .

Seit mir durch die verd. . . Notverordnung das nötige Kleingeld zum Abendessen mit Stat und erster Postzeit fehlt, bleibe ich aus Grund abends daheim. Und meine Frau — bitte, die will von der Schupo nichts, die hat ja schon herverloren, wenn sie nur einen von Euch sieht — besonders, wenn sie als das Staubtuch auf die Straße hinausgeschüttelt — ja, also, meine Frau will nicht hören. Und da heißt: „Ich meine wir sollten ins Bett; der Mensch schläft sowieso zu wenig“ und so. Da sind dann die vielen Radialautschreiber in der Nachbarschaft gerade so recht, die Hut in meinem Männerhüten zu beschwichtigen. Und dies wäre nun meine Bitte: Ueberall, wo nach neun Uhr abends diese verfluchten Kutschreiter bei offenem Fenster tun, solltet Ihr, liebe Schupo, unter auf den besaglichen elektrischen Klingelknopf drücken. Daß Du das lange genug getan, dann erscheint oben ein holder Mädchenkopf (denk ich mir). Dem empfehle ich Du mit dem bekannten geminnenden Lächeln, den Laden zuzumachen. Drei Barmarkungen gratis. Aber dann, beim drittemal solls buttern. In die leere Staatskasse selbstverständlich. Bitte keine billigen Mißverständnisse!

Und dann das mit dem Motorrad. Kaum bin ich endlich eingeschlafen, da geht so ein Teufelskarren los. Das Geknatter löst Träume aus meiner Helldämmerung aus. Und wenn Du, Herr Schupo, selbst den vorderen Graben genossen hast, dann kannst Du dir vorstellen, wie ich froh bin, wenn ich endlich so mit komme und mit Genugtuung den stillen Frieden und die süße Eintracht, so da über dieser Stadt gar freundlich wellen, konstatiere. Das geht nun aber Nacht für Nacht so, monatlang. Vermutlich siehst da ein Mädel eine Jungfrau. Der neuen Zeit entsprechend schleicht er sich nun nicht still und leise immer an der Wand lang, das ganze Stadtviertel muß wissen, wenn der Bahn gekracht hat. Kannst Du uns da nicht helfen, lieber Schupo? Wenn ich in meiner verflochtenen Jugend einmal nicht so laut aber schön, o sehr schön, gelungen habe, dann machte das im Betreffensfälle fünf Reichsmärker. Der verfluchte Kartendieb hat aber ungeschoren die ganze Straße vor Wat in Schweiß bringen. So kann es nicht weiter gehen!

Liebe Schupo, viele ungeschelte, laufende Schicksalgenossen werden Dir mit mir dankbar sein, wenn Du da für Abhilfe sorgst. — b.

## Hüte Deine Junge . . .

### Kreditfähigende Beleidigung

Zu der Witwe S. kam eines Tages eine Frau, um Preisangebote für Grabsteine einzuholen. Bei der Unterredung bemerkte Frau S. zu der Kundin, bei der Konkurrenzfirma könne sie billiger kaufen, da diese, wie sie durch eine entsprechende Geste mit dem Körper ausdrückte, wackelig stehe. Die Frau war zufällig entfernt verwandt mit den Inhabern der Konkurrenzfirma und hinterbrachte ihnen diese Aeußerung. Die beiden Konkurrenten verlagerten darauf die Witwe wegen Beleidigung. Vor dem Einzelrichter bestritt sie, die wackelige Aeußerung oder Körperbewegung gemacht zu haben; sie habe lediglich aus Nervosität mit den Händen geredet. Die Zeugin bestätigte jedoch unter Eid, daß ihre Bewegung mit Rücksicht auf die Bonität der Firma der beiden Konkurrenten nicht mißzuverstehen war. Der Rechtsbeistand der beiden Kläger beantragte eine empfindliche Bestrafung der Beklagten. Die Art, wie heute der Konkurrenzstempel geführt werde, müsse streng unter die Lupe genommen werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bringen es mit sich, daß heute sehr viel über die Bonität dieser oder jener Firma gesprochen werde; durch solche unzutreffende Gerüchte könne der Kredit einer Firma schwerer Not leiden. Die Handelskammer habe in letzter Zeit wiederholt ihre Mitglieder aufgefordert, daß man gegen derartige Handlungen, die den Kredit untergraben, vorgehen solle. Die Beklagte habe durch ihr Manöver versucht, die Kunden davon abzuhalten, bei der Konkurrenz zu kaufen. Die Beklagte wurde wegen Beleidigung zu 30 M Geldstrafe, evtl. sechs Tagen Gefängnis verurteilt.

## Vorsicht beim Steigenlassen von Drachen

Die Direktion des Badenwertes bittet uns um Aufnahme nachstehender Notiz:

Die Zeit des Steigenlassens von Drachen ist wieder da. Es dürfte deswegen nicht unangebracht sein, auf die Gefahren hinzuweisen, die unter Umständen dieses Spiel für den Betreffenden haben kann. Vor allem muß dringend davor gewarnt werden, dieses Spiel in der Nähe von Freileitungen, besonders von Hochspannungseleitungen, die durch an den Masten angebrachte rote Zischadpfeile kenntlich sind, zu treiben. Schon das Verlangen von Halteschnüren, ganz besonders bei feuchtem Wetter, kann zu Kurz- und Erdschlüssen und hiermit verbunden zu Leitungsförderungen führen. Schlimmer ist jedoch noch die Gefahr, durch den elektrischen Strom schweren Gesundheitsstörungen, ja selbst dem Tode, ausgesetzt zu sein. Beispiele hierfür liegen sich zur Genüge anführen. Die Kinder sollten deshalb besonders durch die Eltern und Herren Lehrer da-

## Der Arbeitslose

### und die Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung

Von Arthur Kising, stellvertretender Geschäftsführer der Allgem. Ortskrankenkasse Altona

Muß ich als Arbeitsloser Beiträge zur Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung zahlen? Verfallen die Karten, wenn ich keine Marken entriche? Was hat die Stempelkarte — gemeint ist das Arbeitsamt — zu leben? Was wird aus der Krankenversicherung, wenn ich ausgezeitert bin —? Solche Fragen treten täglich in dem leider so großen Heer der Arbeitslosen. Die nachstehenden Ausführungen wollen richtige Antwort und einen kleinen Ueberblick über die Grundzüge des gegenwärtigen Rechts geben.

#### I. Die Krankenversicherung

Wenn ein Arbeitnehmer arbeitslos wird und unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen oder in den vorausgegangenen zwölf Monaten mindestens sechsundzwanzig Wochen bei einer gesetzlichen Krankenkasse versichert war, so kann er und seine berechtigten Familienangehörigen nach die Regelleistungen seiner früheren Klasse beanspruchen, falls die Erkrankung während der Arbeitslosigkeit und innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden erfolgt. Dieses Recht gegenüber seiner früheren Klasse verliert er, sobald er wieder bei einer anderen gesetzlichen Krankenkasse versichert wird. Arbeitslosenunterstützungsempfänger werden nun im allgemeinen mit dem Tage Pflichtmittels der Ortskrankenkasse oder Land- und Stadtkasse ihres Bezirks in dem sie wohnen, an dem sie zum ersten Male Stempelgeld erhalten. Von da ab bis zur Aussteuerung zahlt das Arbeitsamt auch die Beiträge an die Krankenkasse. Die Krankengeldabteilungen richten sich dann nach der Arbeitslosenunterstützung.

Von dieser Regelung gibt es nur eine Ausnahme. Der Arbeitslose, der die obigen Voraussetzungen erfüllt hat, kann in seiner alten Lohnstufe bei seiner früheren Krankenkasse Mitglied bleiben, wenn er es innerhalb einer Woche nach dem Antrage auf Arbeitslosenunterstützung seiner früheren Klasse ansetzt. Er kann das aber nicht nach einer Woche und auch dann nicht mehr tun, wenn er schon Leistungen von der Pflichtkrankenkasse erhalten hat. Durch diese freiwillige Weiterversicherung bei der früheren Klasse in der alten Lohnstufe erreicht der Arbeitslose u. a., daß er im Arbeitsunfähigkeitsfall ein höheres Krankengeld bekommt als der Arbeitslose, der bei seiner Pflichtkrankenkasse nur Krankengeld in Höhe der Arbeitslosenunterstützung erhält. Die Sachleistungen (Arzt, Arznei usw.) sind ja völlig gleich. Es ist eine Frage des Geldbetrags, ob der Arbeitslose von dieser Art der Weiterversicherung Gebrauch macht, weil das Arbeitsamt an den Arbeitslosen nur den Betrag zahlt, den es zu zahlen hätte, wenn die Versicherung bei der Pflichtkrankenkasse erfolgt wäre. Zu empfehlen ist aber die Weiterversicherung den weiblichen Unterstützungsempfängern, die bei Eintritt der Arbeitslosigkeit kurz vor der Entbindung waren. Denn dann können diese weiblichen Versicherten beim Verbleiben in ihrer alten Lohnstufe und Klasse höheres Wochen- und Stundengeld fordern, als von der Klasse, bei der sie als Arbeitslose Pflichtversichert sind.

Erhält der Arbeitslose keine Unterstützung mehr, so kann er Mitglied der Krankenkasse bleiben. Er muß aber die Weiterversicherung innerhalb drei Wochen nach dem letzten Stempeltag der Krankenkasse anzeigen. Von dieser zwingenden dreiwöchigen Meldepflicht ab diesem Stempeltag darf er sich auch nicht durch eine erhobene Beschwerde wegen des Ablaufs der Unterstützung abhalten lassen, sonst hat der Arbeitslose das Recht auf die Weiterversicherung verloren.

#### II. Invalidenversicherung

In weiten Kreisen ist die Auffassung vertreten, daß die Zeiten der Arbeitslosigkeit ohne jegliche Beitragsleistung in jedem Falle voll in der Invalidenversicherung angerechnet werden. Man sagt, die Erwerbslosenzeiten zählen wie die Beschäftigungszeiten, brauche nicht zu leben und habe auch keinerlei Nachteile davon.

#### Das ist ein Irrtum!

In der Invalidenversicherung verfallen im allgemeinen sämtliche vorherige Karten, wenn in der laufenden Leistungsart nicht innerhalb zweier Jahre nach der Ausstellung der Karte mindestens zwanzig Beitragswochen entrichtet worden sind. Beiträge, die für die Zeit vor dem Ausstellungstage gelten, dürfen in die zwanzig Beitragswochen nicht eingerechnet werden. Die Karte ist spätestens binnen zwei Jahren nach dem Ausstellungstage umzutauschen. Dann aber muß die Karte mindestens zwanzig Beitragswochen oder aber auch anrechnungsfähige Ersatzzeiten enthalten. Ersatzzeiten von praktischer Bedeutung sind:

1. unerschöpfliche Krankheitswochen und Genesungszeiten bis zu einem Jahr,
2. Arbeitsunfähigkeitszeiten bis zur Dauer von zwölf Wochen, die durch eine Schwangerschaft oder ein regelmäßig verlaufenes Wochenbett veranlaßt sind.

vor gewarnt werden, in der Nähe von Hochspannungseleitungen Drachen aufsteigen zu lassen oder gar hängengebliebene Drachen herunterholen zu wollen und herunterhängende Schnüre oder gar Leitungsdrähte zu berühren.

## Badisches Landes-theater

Im Badischen Landes-theater hat seit Wochen der Probenbetrieb auf der ganzen Linie eingelegt. Im Schauspiel wird unter Felix Baumhags Leitung Goethes „Göz von Berlichingen“ in eigener Fassung, der in der Hauptrolle die erste Ausgabe von 1773 zurunde liegt, einstudiert. In der Oper wird unter Generalmusikdirektor Krups als große Neuheit „Die Frau ohne Schatten“ von Richard Strauß vorbereitet. Neben diesem Werk, das außerordentliche Anforderungen an den Operndirigenten stellt, bringt Kapellmeister Schmarz eine Neueinführung von Mozarts „Die Entführung aus dem Serail“ heraus. Dem Unterhaltungsbedürfnis wird Rechnung getragen durch die Aufnahme des neuen Singspiels „Im weißen Rössl“. Aus dem guten alten Lustspiel von Blumenthal und Kadelburg hat der bekannte Bühnenschriftsteller Hans Müller ein groß ausgezogenes Spiel mit Usmachung und Tanz gemacht, zu dem Ralph Benatzky (bekannt durch „Meine Schwester und ich“) eine reizende Musik geschrieben hat. Ueberall war die Aufnahme dieses Stückes glänzend. Bewährte Stücke des alten Spielplans werden übernommen, so in der Oper „Fors Godunow“, „Salome“ und „Undin“, im Schauspiel „Schwengels“ und „Ständchen bei Nacht“.

Fürs Konzert-haus ist ein Singpiel „Frauen haben das gern“ erworben. In rader Folge der Weiterarbeit werden in der Oper Neueinführungen folgen, dann eine Uraufführung „Die Maste“ und darauf wieder geschlossen „Der Ring des Nibelungen“, im Schauspiel als große Einführungen Bartes „Simon“ mit Franz Philipps Musik, daneben ein neues Lustspiel „Tempo über hundert“.

#### Werbung für das Badische Landes-theater

Das Badische Landes-theater leidet in den nächsten Tagen mit einer persönlichen Werbung ein. Zu diesem Zweck haben sich die Solo-

3. Zeiten, in denen Beiträge zur Angestelltenversicherung entrichtet worden sind, soweit diese Zeiten nicht durch Beitragswochen zur Invalidenversicherung bedeckt sind.
4. Zeiten, während deren Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung bezogen wird, und
5. Zeiten ohne versicherungspflichtige Beschäftigung, während deren der Arbeitslose Invaliden- oder Altersrente von der Knappschaft oder einer gesetzlichen Hilfskasse oder Unfallrente von mindestens einem Fünftel der Vollrente oder militärische Dienstbeschäftigungsrente von mindestens einem Fünftel der Vollrente bezog.

Die Ersatzzeiten der Krankheit (Ziffer 1) und der Wochenbeitszeiten (Ziffer 2) werden nur dann angerechnet, wenn der Versicherte vorher berufsmäßig nicht nur vorübergehend beschäftigt war. Erkrankt nun der Arbeitslose nicht im direkten Anschluß an seine letzte Beschäftigung, sondern während der Arbeitslosigkeit, so können allgemein diese Krankheitszeiten in der Invalidenversicherung nicht angerechnet werden, weil er ja vor dem Eintritt der Krankheit Lohnarbeiten nicht mehr verrichtet hat. Dagegen sind die anderen Ersatzzeiten (Ziffer 3 bis 5) auch während der Arbeitslosigkeit voll anrechnungsfähig. Bei ihrem Zutreffen können also die Karten nicht verfallen, wenn Marken nicht ge-  
steht sein sollten.

Die Forderung nach zwanzig Marken in den zwei Jahren seit der Ausstellung der Karte nennt man: **Aufrechterhaltung der Anwartschaft**. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat nun das Arbeitsamt für die Arbeitslosen während des Bezuges der Unterstützung die Beiträge zu entrichten, die zur Erhaltung der Anwartschaft notwendig sind. Im Falle besonderer Härte, insbesondere wenn zur Erfüllung der Parteeit nur noch eine geringe Anzahl von Beiträgen erforderlich ist, ist das Arbeitsamt auch verpflichtet, auf Antrag die erforderlichen Beiträge zu leisten.

Das Arbeitsamt darf also nicht für jeden Arbeitslosen die Beiträge zur Invalidenversicherung entrichten, sondern es muß nur dann bei Unterstützungsberechtigten einbringen, wenn die Gesetzbest. besteht, daß die Karten verfallen könnten, weil in den zwei Jahren von dem Tage der Ausstellung der Karte an gerechnet weder zwanzig Beitragswochen noch anrechnungsfähige Ersatzzeiten nach-gemien sind.

Der Arbeitslose prüfe genau seine Karte auf Markenanzahl, beantrage evtl. die Beitragsentrichtung durch das Arbeitsamt und sorge aber auf jeden Fall für rechtzeitigen Umtausch. Reicht er nach seiner Aussteuerung die Marken selbst, so muß er besonders darauf achten, daß die Beitragsentrichtung mindestens in Lohnstufe II erfolgt. Mehr Marken als zwanzig in zwei Jahren und höhere Marktwerte sind besser als die Mindestzahl.

#### III. Angestelltenversicherung

Auch für arbeitslose Angestellte hat das Arbeitsamt während des Bezuges der Unterstützung die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge und Anerkennungsgeldern zu entrichten. Sind zur Erfüllung der Parteeit nur noch wenige Beitragswochen notwendig, ist das Arbeitsamt auf Antrag gleichfalls verpflichtet, im Falle besonderer Härte die erforderlichen Beiträge zu leisten.

Die Angestelltenversicherung fordert aber mehr Beiträge zur Erhaltung der Anwartschaft als die Invalidenversicherung. In der Angestelltenversicherung verfallen sämtliche Karten, wenn nicht innerhalb des ersten Kalenderjahres nach dem ersten Beitragsmonat wenigstens acht Beitragsmonate fällig sind und vom zwölften Kalendermonat ab wenigstens drei Beitragsmonate fällig entrichtet oder durch Ersatzzeiten belet sind. Anrechnungsfähige Ersatzzeiten sind u. a.

1. Krankheits- und Genesungszeiten unerschöpflich,
  2. bis zur Dauer von zwei Monaten eine Arbeitsunfähigkeit, die durch Schwangerschaft oder ein regelmäßig verlaufenes Wochenbett veranlaßt ist,
  3. Zeiten einer beruflichen Fortbildung an einer staatlich anerkannten Lehranstalt, und
  4. Beitragswochen in der Invalidenversicherung, die nicht zeitlich mit den Angestelltenversicherungsbeiträgen zusammenfallen.
- In der Anrechnung der Ersatzzeiten ist die Angestelltenversicherung weitgehender als die Invalidenversicherung, denn alle die Ersatzzeiten (Ziffer 1 bis 4) einschließlich der Krankheitszeiten zählen auch voll für die Arbeitslosen.

Besteht der Arbeitslose keine Unterstützung mehr, so muß er die Beiträge selbst entrichten — Mindestklasse B — und dafür sorgen, daß die Karte innerhalb dreier Jahre nach dem Ausstellungstage umgetauscht wird. Auch in der Angestelltenversicherung sind mehr Marken als die Mindestzahl und höhere Marktwerte zu empfehlen.

Die Generaldirektion des Badischen Landes-theaters bittet, ihre Verber freundlichst empfangen und anbauen zu wollen und für nicht unrichtigste Sache geben zu lassen. Jeder darf überaus dankbar sein, daß es als Stammbeisitzer des Theaters wertvolles Kulturgut erhalten und fördern hilft.

( ) Das seltene Fest der goldenen Hochzeit können heute Herr Generaldirektor Kommerzienrat Karl Möniger und seine Gattin Mina geb. Schaller begehen. Gleichzeitig sind es in den nächsten Tagen 50 Jahre, daß Herr Kommerzienrat R. Möniger mit seinem verstorbenen Bruder Stefan das alterliche Geschäft, die bekannte Brauerei Möniger, Karlsruhe, übernommen hat. Zusammen mit ihm und seinem ebenfalls verstorbenen jüngeren Bruder Theodor hat er im Verein mit den Mitarbeitern die Firma zu bedeutender Höhe und Blüte geführt. Die herzlichsten Glückwünsche zu den dankwürdigen Taten.

( ) Geh. Oberbaurat Dr. Engesser gestorben. Am 88. Lebensjahr ist hier Geh. Oberbaurat Prof. Dr. Friedrich Engesser gestorben. Geboren in Weimheim a. B. am 12. Februar 1848 studierte er von 1865—1869 am damaligen Polytechnikum in Karlsruhe Ingenieurwissenschaften und kam als solcher an die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbauamtes. Von 1870—1874 wurde Engesser zur Generaldirektion der Staatseisenbahnen berufen, wo er bis 1874 tätig war. Im Jahre 1900 wurde Engesser zum Oberbaurat und sechs Jahre später zum Geh. Oberbaurat ernannt. Neben verchiedenen anderen Ehrungen verlieh ihm die Technische Hochschule Braunschweig die Würde eines Dr. ing. ehrenhalber. 1915 trat er in den Ruhestand. Im Jahre 1923 wurde ihm von der badischen Technischen Hochschule die Würde eines Ehrensenators verliehen. Der Verstorbene galt als einer der hervorragendsten Statiker der Welt, und immer wieder wird in Zeitchriften aller Nationen auf seine Arbeiten Bezug genommen.

( ) Sommeropereette im Städtischen Konzerthaus. Die moderne Schlageropereette „Peppina“ von Robert Stolz, die bei jeder Aufführung bewiesene Aufnahme findet, wird heute abend erneut gegeben. Der Beginn der Vorstellung ist auf 20 Uhr festgesetzt.

Die Polizei berichtet:

Unfälle

In einer heißen Fabrik brachte ein 15jähriger Schlosserlehrling den rechten Arm in eine Präzisionsmaschine...

Verkehrsunfall

In Da-La-nden stieß gestern nachmittags ein Motorradfahrer mit einer Radfahrerin zusammen...

Festgenommener Missetäter

Gestern vormittags wurde im Stempelgarten ein 55jähriger Mann von vier festgenommenen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert...

Folgen schwere Hausfreizeitgeiten

In einem Hause der Werberstraße gerieten mehrere Bewohner in vergangener Nacht in Streit...

Nazi-Müßel

Ein Angehöriger des Reichsbanners erkrankte in vergangener Nacht 1 Uhr die Anzeige, daß er kurz zuvor Erde Herrn- und Kaiserstraße...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Eine atlantische Zykclone ist nach der Nordsee gezogen und hat uns nach dem gestrigen vorübergehenden heiteren Tage erneut Verschlechterung gebracht...

Wasserstand des Rheins

Basel 176, gef. 4; Waldshut 362, gef. 6; Schutterinsel 245, gef. 5; Kehl 281, gef. 11; Magau 597, gef. 4; Mannheim 252, gefallen 6 Zentimeter.

Lichtspielhäuser

In den Nebenlichtspielen, Waldstraße 30, fand die Premiere des von den Herren Romm, im klassischen Cines-Mittler...

Veranstaltungen

Waldstraße, den 3. September 1931: Stadt, Konserthaus: 20 Uhr. Große Ball: Spantreff am Rhein. Fox-Lon-Loche. Kammermusik: Der Kreisler hat das Wort. Adèle Arztonistinne...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

SVZ, Karlsruhe: Kommen Sonntag, morgens 9 Uhr, findet das Geländespiel statt. Diejenigen Genossen, welche mit Rädern nach Langenfeld...

Naziwirtschaft

Lohnraub, hohe Löhne für die Botsen, die genasführten unteren Beamten

Im Tagblatt für die Amtshauptmannschaft Borna berichtet Otto Lent:

Die Nazisongen leben herrlich und in Freud, während die Angestellten, Ordnungsmenschen und Stenotypistinnen in überlanger Arbeitszeit den Nazisongen Kronen müssen.

Danna Schneider, jetzt Frau Dürr, Abteilung Partei, hat jeden Tag von 8 bis 12 Uhr durchgearbeitet und wöchentlich sogar zwei Nächte durchgearbeitet...

Der Lent stellt dann demgegenüber fest, was die Nazi-Medner, die während der letzten Monate in Borna aufgetreten sind, an Honorar bekommen haben.

Es sprach in Borna: Gregor Straker, M. d. R. er bekam für sein Referat 50 M.; Hans Herrl bekam für sein Referat von Leinsia nach Borna...

Kleine badische Chronik

Dpfer der Arbeit

Kandern, 2. Sept. Vom Staßfrozem getötet. Der etwa 50 Jahre alte Maschinist Friedrich Herziger...

Mannheim, 2. Sept. Im Betrieb verunglückt. Beim Einsteigen eines Wagens an einer Sägemaschine in einem Betrieb...

Offenburg, 2. Sept. Vom Neubau getötet. Die Maurerlehrling Leo Junker von Schutterwald...

Bruchsal, 2. Sept. Attentat auf Rechtsanwalt Dr. Dittnerhofer. Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde auf den Rechtsanwalt Dr. Dittnerhofer...

Bruchsal, 2. Sept. Aus dem fahrenden D-Zug. Hürtzi, Dienstag Mittag gegen 12 Uhr kürzte eine etwa 25 Jahre alte Dame...

Bruchsal, 2. Sept. Mischkreisverkehr. Wie von seiten dieser Mischbahnen mitgeteilt worden ist...

Mauer (bei Heidelberg), 2. Sept. Prähistorisches Fund. In der Sandgrube der Firma Otto Hartmann...

Heidelberg, 2. Sept. Wohnhaus und Sonaogee einsteigert. Am Montag morgen um 4 Uhr entfiel hier Feueralarm...

Neustadt (im Murgial), 2. Sept. Lebensmüde. Ein arbeitsloser junger Mann wollte seinem Leben dadurch ein Ende machen...

Gaggenau im Murgial, 2. Sept. Vermitt. Vermitt wird seit Montag das 5jährige Söhnchen Felix des Webers Stefan Wanjig...

Baden-Baden, 2. Sept. Stürmische Stadtratssitzung. Zu beftigen Zusammenstößen kam es in der gestrigen Stadtratssitzung. Das Kollegium hatte sich über die Erneuerung des Anstellungsvertrages...

Freiburg i. Br. Täßlicher Widerstand gegen einen Polizeibeamten. Im Botori Sastlach wollte ein Polizeibeamter einen

Borna und zurück und sein Referat 35 M. General Liebert, welcher hier zu Besuch war...

Das sind einige kleine Beispiele über die „ehrenamtliche Tätigkeit der Nazisongen, die um das Tausendfache vermehrt werden können...

Als 1928 in Braunschweig die Besoldungsreform durchgeführt war, setzte die damalige Regierung der Linken für die unteren Beamtengruppen Grundgehälter fest...

Die Gehaltsätze der höheren Beamten dagegen unverändert zu lassen. Auf besonders empfindliche Stände werden übrigens die Lehrer und Förster zu rechnen haben...

Gewinnauszug

Ohne Gewähr Nachdruck verboten. Auf jede gegenseitige Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

20. Ziehungstag

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen. 2 Gewinne zu 8000 M. 267296...

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 600000 M. 281050 2 Gewinne zu 25000 M. 37720 2 Gewinne zu 10000 M. 352719...

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Kathaustraktion. Morgen, Freitag abend 8 Uhr, findet im Rathaus, Zimmer 1, eine Fraktionsitzung statt.

Naturtheater Verhensberg Durlach. Am Sonntag, den 6. September, findet die deutsche Uraufführung des dreitägigen Schwanke „Ein Rabenater“ von Hans Fischer und Josef Arno statt...



# FISCHE

direkt von der See  
in bester Qualität

## Kabliau

im gz. 35 I. Anschnitt  
Pfund 35 Pfd. 38  
**Kabliau-Filet**  
ohne Bauchlappen Pfd. 55

Deutsche  
**Süßbücklinge** 42  
extra Qualität Pfund

Deutsche  
**Lachsheringe** 15  
prima fette Fische Stück

**Neue Marinaden**  
**Bismarck-Heringe** 35  
zart u. weißfleischig 2 St.

Rollmops, Gelee- u. Bratheringe  
offen u. in 1 Liter und 4 Lit.-Dosen

In unserer  
**Spezial-Abteilung, Marktplatz**  
finden Sie eine große Auswahl  
frischer  
**Fluß- u. Seefische**  
**Feinmarinaden**

Ferner aus eigener Farm  
**Jg. Hahnen** 1.50  
ausgenommen  
**Früsch geschlachtete**  
**Hühner** 1.20

# Pfannkuch

Pfannkuch-Waren helfen sparen  
**5% Rabatt**

## Ämtliche Bekanntmachungen

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Bogelung u. Ruhn, Hotel- und Geschäftsbetriebsbetriebe, Kellereibetrieb, Wollenerberger in Karlsruhe, Amalienstraße 81, wurde nach erfolgter Befristung des Vergleichs vom 21. August 1931 aufgehoben Karlsruhe, den 1. September 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 8. 1649

## Grundstücks-Zwangversteigerung

5 VT. 35/30.  
Im Zwangswege veräußert das Notariat am  
Samstag, den 24. Oktober 1931  
vormittags 9 Uhr,

in dessen Diensträumen in Karlsruhe, Kaiserstraße Nr. 184, 2. Stod., Zimmer Nr. 13, das unten beschriebene Grundstück des Karl Dittler, Holzhändler in Karlsruhe, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 3. November 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Hochrechnungen über das Grundstück (amt. Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 3. Nov. 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerstand des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anpruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zustande aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des veräußerten Gegenstandes.

**Beschreibung des zu veräußernden Grundstücks:**  
Grundbuch Karlsruhe, Band 209, Heft 10; Ldb. Nr. 4116; 3 a 21 am Dorfsteig, Gemarkung Nr. 28.  
Auf der Hofstelle steht:  
a) ein dreistöckiges Wohnhaus mit Schein-  
keller,  
b) ein einfaches Bühnenhaus.  
Schätzungswert ohne Zubehör 35 000 RM, Schätzungswert mit Zubehör 35 200 RM.  
Karlsruhe, den 31. August 1931. 1647  
Notariat V — Vollstreckungsgericht

## Zwangversteigerung

Der auf Mittwoch, den 14. Oktober 1931, nachmittags 3 Uhr, ins Rathaus Lintenheim bestimmte Termin in der Zwangsversteigerungslade gegen Friedrich Wilhelm Hies, Gießer in Lintenheim, findet nicht statt. 1648  
Karlsruhe, den 31. August 1931.  
Badisches Notariat V als Vollstreckungsgericht.

Zurück 6527  
**Karl Bender**  
staatl. gepr. Dentist  
Kaiserstraße 63

Zurück 6516  
**Hans Igel**  
staatl. gepr. Dentist  
Kaiserstraße 170 Telefon 3121

**Todesanzeige**  
Heute morgen starb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Großvater, Urgroßvater und Onkel

**Wilhelm Jock**  
Former  
im Alter von 78 Jahren.  
Karlsruhe, 2. September 1931  
Hermannstraße 18  
Familien Karl, Wilhelm u. Julius Jock  
Familie August Koch  
Die Beerdigung findet Freitag, 1/3 3 Uhr, vom Hauptfriedhof aus t. t. 6534

**Stellengesuch!**  
Mädchen m. gut. Zeugn., tücht. im Haushalt, m. etw. Koch. sucht Stelle auf soj. od. l. b. g. Gehl. u. Wohn. in d. St. u. Nr. 6536 im Volksfr.

**Freisess, nicht über 20 Jahre, für 2 Tage in der Woche gef. Ang. mit Gehaltsf. unt. 20 6548 an den Volksfr.**

**Stellengesuch!**  
Mädchen m. gut. Zeugn., tücht. im Haushalt, m. etw. Koch. sucht Stelle auf soj. od. l. b. g. Gehl. u. Wohn. in d. St. u. Nr. 6536 im Volksfr.

**In Anielingen**  
2 neuerbaute Wohnhäuser mit je 2 Zimmern, Küche, Bad, WC, Heizung und Jalousie zu verkaufen oder auf 1 Etz. zu vermieten. Näheres bei Maurermeister Weinger, Anielingen Weinmühlstr. 51 1646

**2-Zimmer-Wohnung**  
nur an kinderloses Ehepaar auf 15. Sept. zu vermieten. Näheres bei Rieger, Sandrechtstraße 20, Stb. IV.

**Beijer Käsehandlung**  
wird veräußert billig nach Telegrafentafeln Bau H. 1647

**Durlacher Anzeigen**  
**Obstversteigerung.**  
Die Stadt Durlach läßt in den nächsten Tagen ihr gelamtes diesjähriges Obstertragnis öffentlich versteigern:  
Eröffnung: Freitag, den 4. ds. Mts., 17 Uhr, bei der Viehhändl. (Stadtteil Aue),  
Samstag, den 5. ds. Mts., 8 Uhr, bei der Stadtkirche,  
Montag, den 7. ds. Mts., 8 Uhr, bei der Hofstelle Untermühlstraße  
Durlach, den 2. September 1931. 1646  
Der Oberbürgermeister.

**Durlach**  
Halte mich für alle  
**Schuhmacherarbeiten**  
behens empfohlen. 1703  
Gut! Billig!  
**Georg Schober**  
Jägerstr. 7

**Kastatter Anzeigen**  
**Kartoffel-Verforgung.**  
Erbwerbslose, Klein-, Sozial- und Kriegrentner sowie kinderreiche Familien können ihren Winterbedarf an  
**Kartoffeln**  
von der Stadt gegen Zahlungserleichterung beziehen.  
Anmeldungen werden im Rathaus Zimmer Nr. 11 — entgegenommen.  
Kastatt, den 2. September 1931. 1642  
Der Oberbürgermeister.

# Heute zu Tietz:

billige und gute Lebensmittel einkaufen  
Verkauf sowohl Vorrat - Mengenabgabe vorbehalten

<b>Dörrfleisch</b> mager Pfund 1.35	<b>Kakao Bendorf</b> stark entölt . . . . . Pfund 68.7	<b>Salzsurken</b> . . . 3 Stück 10.7
<b>Kassl. Rippenspeier</b> Pfund 1.38	<b>Fst. Weizenauszugmehl</b> Stadion . . . . . 5 Pfund 1.45	<b>Rieserollmops</b> Stück 15.7
<b>Feine Cervelatwurst</b> Pfund 1.60	<b>Fst. Weizenmehl</b> Stadion . . . . . 5 Pfund 1.35	<b>Riesen-Bismarckhering</b> . . . . . Stück 10.7
<b>Schlackwurst</b> l. Fettlos Pfund 2.—	<b>Haferflocken</b> . . . Pfund 22.7	<b>Frise Bücklinge</b> Pfund 35.7
<b>Landrowurst</b> . Pfund 70.7	<b>Frise Filche</b> direkt von der See	<b>Holländer Heringe</b> 10 Stück 48.7
<b>Landleberwurst</b> Pfd. 70.7	<b>Kabliau</b> . . . . . Pfund 32.7	<b>Holländer Heringe</b> extra 10 Stück 78.7
<b>Dänisches Blaseschmalz</b> Pfd. 84.7	<b>Schellfisch</b> . . . . . Pfund 38.7	<b>Rehragout</b> . . . . . Pfund 78.7
<b>Margarine</b> 1 Pfund 39 Pfg. . . . 2 Pfund 75.7	<b>Kabliau-Filet</b> . . . Pfund 48.7	<b>Rehbug</b> . . . . . Pfund 1.08

<b>Eierbandnudeln</b> 2 Pakete à 1 Pfund 90.8	<b>Frise Eier</b> Ausland, 10 Stück von 68.7 an	<b>Emmenthaler</b> bayr., vollfett, 1/2 Pfd. 70.7	<b>Tilsiter</b> vollfett mit Rinde, Pfund 90.8
<b>Obstwein oder süßer Apfelmost</b> 3 Liter 90.7	<b>Suppenhühner</b> frisch geschlachtet 90.7	<b>Bismarckhering Rollmops</b> Hering in Gelee, 1 Liter-Dose oder 2 Dosen à 1/2 Liter 90.7	
<b>Niersteiner</b> . . . . . Liter 90.7	<b>Frise Eier (Ausland)</b> extra schwer . . . . . 10 Stück 90.7	<b>Tea</b> Sumatra-Java-Mischung Paket 100 gr 90.7	
<b>Laubenheimer</b> . Liter 90.7	<b>Thüring. (am) Rotwurst</b> Pfd. 90.7	<b>Sultaninen</b> blau . 2 Pfund 90.7	
<b>St. Mariner</b> . . . . . Liter 90.7	<b>Fleisch- od. Heringsalat</b> 90.7	<b>Milchreis</b> . . . . . 3 Pfund 90.7	
<b>Montalvano</b> starkster Dessert-Fruchtwein Ltr. 90.7	<b>Mayonnaise</b> extra fein Pfund 90.7	<b>Tafelreis</b> extrafein 3 Pfund 90.7	
		<b>Zweifruktmarmelade</b> Eimer ca. 2 Pfund 90.7	

**Badisches Landestheater**  
lädt ein zur  
**PLATZMIETE**  
1931-1932

**Die neuen Preise:**  
I. Rang Loge und Balk., Sperrs. I. Abt. 99 RM., Sperrs. II. Abt. 91.50 RM., Sperrs. III. Abt., II. Rang Mitte I. Abt. 84 RM., II. Rang Mitte II. Abt., II. Rang Seite I. Abt. 72 RM., II. Rang Seite II. Abt. 66 RM., III. Rang Mitte 57 RM.

**Jeder** kann auch in wirtschaftlich schwerer Zeit zu diesen günstigen Bedingungen Dauerbesucher sein.

**4 Mieten (B, C, E, G)**  
beweglich, an verschiedenen Wochentagen und Sonntagen

**3 Mieten an festen Tagen:**  
A—Mittwochs (namentlich für Auswärtige)  
D—Donnerstags F—Freitags

Alle Auskünfte an der Kasse des Landestheaters 1641

**Fünfjahresplan**  
Von Dr. A. Jugow. 128 Seiten. M. 1.75

Dieses soeben erschienene Buch zeigt vorzüglich die Lage der russischen Wirtschaft und untersucht die Möglichkeit der Erfüllung des Plans. Mit ausgezeichnetem Material aus sowjetamtlichen Quellen und einem Nachwort von Th. Dan.

**Volksfreund Buchhandlung**  
Karlsruhe i. B., Waldstraße 26 • Fernruf 7020, 21

Nettes grün. Plüschsofa, Rückenmantel für 12 1/2 3. Anabensmantel 5-8 1/2. Billig zu verkaufen. **Wagner**, Adlerstr. 6, IV. 6550

Gut erhalten. **Suppenwagen** zu kaufen gef. Off. mit Verkaufl. um 11 1200 an d. Volksfr.

**Gerrenfabrik**, w. e. neu, für nur 38.4 zu verkaufen. **Wohlfahrt** 16, Hinterhaus I. 6529

**Fahrmart in Kastatt.**  
Montag, 7. September: Hauptwochmarkt mit Krämer- und Schweinemarkt.  
Dienstag, den 8. September: Krämermarkt sowie vorm. 7 Uhr: Großviehmarkt auf dem Paradeplatz.  
Mittwoch, 9. Sept. 10 Uhr: Fohlen- und Pferdemarkt bei der Stadtkirche.  
Tierärztliche Gesundheitszeugnisse sind mitzubringen.  
Der Oberbürgermeister.

**Gaggenauer Anzeigen**  
**Nofhandlungsmaßnahmen.**  
Für diejenigen, deren Einkommen bzw. Unterhaltung infolge der finanziellen und wirtschaftlichen Not so gering ist, daß sie nicht mehr in der Lage sind, sich ihre Verpflegung im privaten Verhältnisse zu beschaffen, wird eine Erziehung eingeführt. Wer hieran Gebrauch machen will, wolle sich bis längstens 10. ds. Mts. bei Herrn Regele anmelden. 1643  
Gaggenau, den 2. September 1931.  
Der Bürgermeister: Schneider.

**Straßensperre.**  
Am Sonntag, den 6. September ds. Jh. wird zum Zwecke der Durchführung sportlicher Übungen des Turnerbundes Gaggenau e. V. die Jethelstr. und Jahnstraße sowie der Saumweg von nachmittags 2 bis 6 Uhr für den Durchgangsverkehr polizeilich gesperrt.  
Für die Bewohner dieser Straßen hat die Sperre keine Bedeutung. 1644  
Gaggenau, den 2. September 1931  
Der Bürgermeister Schneider.

**Verwendung von Rosinen zur Hauptfruchtversteigerung.**  
Durch Erlass des Herrn Ministers des Innern vom 31. Juli 1931 wurde darauf hingewiesen, daß nach § 26 Abs. 1 Nr. 2 des Weingelegesetzes strafbar ist, wer vorzüglich Stoffe, deren Verwendung bei der Herstellung, Behandlung oder Verarbeitung von Hauptfrucht unzulässig ist, aber die zur Nachmachung von Wein dienen, für viele Zwecke unzulässig, feilhält, verkauft oder an sich bringt oder einen dergleichen dienenden Verkauf solcher Stoffe vermittelt. 1645  
In diesen Stoffen, welche darnach nicht feilgehalten und verkauft bzw. verwendet werden dürfen, gehören die Rosinen, worauf hiermit aufmerksam gemacht wird.  
Gaggenau, den 2. September 1931.  
Der Bürgermeister: Schneider.

**für eine Zeitungsreklame**  
Unentbehrlich ist der Volksfreund  
die Anspruch darauf erhebt, als durchgreifend und erfolgreich bezeichnet zu werden. Jede Voraussetzung für eine geschäftlich lohnende Bearbeitung großer Käuferkreise in Stadt und Land sind bei unserem altangesehenen Organ in großem Maße gegeben.

**Sondergerichte**  
wollt so gut schmeckte, nochmals  
**Donnerstag**  
**Freitag**  
**Samstag**

2 Pfd. Sauerkraut	zusammen	65
3 Paar Frankfurter		
1 Pfd. Linsen	zusammen	85
1/2 Pfd. Rauchfleisch		
2 Pfd. Linsen	zusammen	85
3 Paar Frankfurter		
2 Pfd. Sauerkraut	zusammen	90
1/2 Pfd. Rauchfleisch		

**Pfannkuch**  
Pfannkuch-Waren helfen sparen  
**5% Rabatt**